

Roter Oktober-Appell
des Soz. Jugendverbandes



TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Verfassungsreform von Oben

Auf dem Wege eines Staatsvertrages zwischen Reich und Ländern! — Einzelstaaten als Monarchien mit Klassenwahlrecht?

Roter Oktoberappell

Von Edith Baumann.

„Roter Oktoberappell“ Zwei Wochen steht der SJV in verstärktem Ringen um die Jungarbeiterstadt. Diese Zeit der ersten konzentrierten zentralen Werbekampagne fällt zusammen mit dem einjährigen Bestehen unserer Organisation. In den ersten Oktobertagen jährte sich zum ersten Mal der Tag, an dem in allen Teilen des Reiches aktive, kampfentschlossene Jugendliche aus der Sozialistischen Arbeiterjugend ausgeschlossen wurden, weil ihr Kampf um die Revolutionierung der SAJ in immer stärkerem Gegensatz zu der staatsrechtlichen Politik der SPD-Führung geriet. Es erübrigt sich, an dieser Stelle noch einmal auf den Ausschluss einzugehen. Die Entwicklung der Sozialdemokratie in diesem einen Jahr hat bewiesen, daß eine Reformierung der SPD unmöglich geworden ist. Wir haben nur allzusehr recht behalten, wenn wir vor einem Jahr erklärten: ein Verbleiben in der SPD und in der SAJ würde die vollkommene Kapitulation der Opposition vor ihren Aufgaben bedeuten. Viele Genossen, die uns damals versicherten, den von uns geführten Kampf innerhalb der Partei weiterzuführen, sind inzwischen in die offizielle Linie eingeschwenkt, und wenn auch unter dem Druck des 20. Juli eine starke Öffnung in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft vorhanden ist, so steht doch fest, daß diese Opposition ohne zielbewußte Führung und ohne praktischen Einfluß ist.

Die Hugenbergpresse, deren enge Beziehungen zur Regierung Papen bekannt sind, ist in der Lage, weitere Informationen über die Pläne der Regierung in bezug auf die sogenannte Verfassungsreform zu veröffentlichen. Es handelt sich dabei um folgendes:

Unmittelbar nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus München hat das Reichsinnenministerium als zuständiges Ressortministerium die Ausarbeitung der Vorlage zur Verfassung und Reichsreform in Angriff genommen. Die Arbeiten werden dadurch erleichtert (so schreibt die Hugenbergpresse), daß die Aussprache des Reichskanzlers mit der bayerischen Regierung eine weitgehende sachliche Übereinstimmung ergeben hat, die erhoffen läßt, daß in Kürze die Pläne fertiggestellt werden können.

Zu dem, was wir bereits in unserem gestrigen Leitartikel als Pläne der Reichsregierung dargelegt haben, kommt ergänzend hinzu, daß jetzt ganz offen von einer Aufhebung des Artikels 17 der Reichsverfassung gesprochen wird. Dieser Artikel 17 bestimmt, daß in allen Ländern das parlamentarisch-demokratische System auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes bestehen muß. In Zukunft sollen die Länder weitgehende Verfassungsautonomie erhalten, das heißt, sie sollen sowohl die Verfassung wie das Wahlrecht nach eigenem Ermessen gestalten können. Das würde bedeuten,

daß ohne weiteres in deutschen Einzelstaaten die Monarchie eingeführt oder ein Klassenwahlrecht beschlossen werden kann.

Auch die Ländergrenzen sollen teilweise neu geregelt werden. So wird daran gedacht, in Nord- und Mitteleuropa zu größeren Zusammenfassungen zu kommen, wobei es sich in erster Linie um die Länder Oldenburg, Mecklenburg und Braunschweig handelt. Die Selbstständigkeit der Hansestädte soll unbedingt aufrecht erhalten bleiben. Die süddeutschen Staaten will man dadurch beruhigen, daß der Artikel 19 der Reichsverfassung, nach dem Teile eines Landes sich aus dem Verband ihres Staates lösen und einem anderen deutschen Einzelstaat anschließen können, beseitigt wird. Es soll also auch auf diesem Gebiet den süddeutschen Staaten volle Autonomie zugestanden werden.

Dieses große Entgegenkommen an die Wünsche Bayerns und der anderen süddeutschen Länder erklärt sich aus dem Bestreben der Reichsregierung, die von dorthier kommenden Widerstände auszuschalten. Ja noch mehr; man hofft, auf diese Weise gerade die süddeutschen Staaten für eine solche Reichs- und Verfassungsreform gewinnen zu können. Und das ist außerordentlich wichtig für den Plan, den die Reichsregierung neuerdings für die Durchführung ihrer Verfassungsreform ins Auge gefaßt hat!

Man rechnet natürlich damit, daß auch der neue Reichstag keine Zweidrittel-Mehrheit für eine solche Verfassungsreform aufweisen wird. Da man diese Absichten aber auf jeden Fall durchführen will, und da wahrscheinlich auch ein Volksentscheid nicht zugunsten der Reichsregierung ausfallen würde, so hat man bereits eine andere Möglichkeit ins Auge gefaßt:

auf dem Wege eines Staatsvertrages der Länder mit dem Reich soll die Verfassung geändert werden!

Dieser Weg würde etwa der Art entsprechen, in der im Jahre 1871 durch Abmachungen der deutschen Fürsten das Deutsche Reich gegründet worden ist! Man braucht nur diesen Vergleich zu ziehen, um zu erkennen, wie herrlich weit wir es in dieser deutschen Republik gebracht haben.

Diese neuen Mitteilungen der Hugenbergpresse zeigen noch deutlicher als die Münchener Rede des Reichskanzlers, zu welchen Mitteln diese Regierung entschlossen ist. Um so verhängnisvoller ist es, wenn auch in dieser Situation, wie wir an anderer Stelle zeigen,

die sozialdemokratischen Führer Bittgänge zu Hindenburg unternehmen,

statt die Massen zum Kampf aufzurufen. Unsere Aufgabe ist es, in allen Massenorganisationen den Arbeitern und Arbeiterinnen klarzumachen, daß der in seinen Grundlagen erschütterte Kapitalismus zu diesen Regierungsformen greifen muß, und daß es für die Arbeiterklasse nur die eine Rettung gibt:

Geschlossener Kampf gegen die politische Reaktion und gegen das kapitalistische System!

SPD beschwert sich bei Hindenburg!

Wir lesen im „Berliner Tageblatt“:

„Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, der Abgeordnete Weh, hat sich mit dem Staatssekretär Majfusz in Verbindung gesetzt und gegen die Schärfe des Tones und die

Agressivität des Reichskanzlers gegen über der Sozialdemokratischen Partei Beschwerde erhoben. Er hat dabei ausgeführt, daß diese Haltung des Kanzlers die Stimmung innerhalb der Partei verschärfe, und deshalb empfohlen, den Reichspräsidenten zu bitten, er möge auf den Reichskanzler Einfluß ausüben, damit er in Zukunft solche Schärfen wie in seiner Münchener Rede unterlasse.“

Man ist ja bei der SPD-Führung allerhand gewöhnt, aber die Schamlosigkeit, mit der hier gehandelt wird, übersteigt selbst das dort gewohnte Maß. Ein politischer „Führer“ bringt es fertig, zu seinem politischen Gegner zu laufen und ihm vorzumauern, man möge doch etwas netter zu seiner Partei sein, damit die Stimmung der Parteimitgliedschaft nicht allzu scharf gegen die Regierung (und vielleicht auch gegen die Parteiführung!) werde — dafür gibt es wirklich keine parlamentarische Kennzeichnung mehr. Es ist der (wahrscheinlich aber nur vorläufige) Gipfelpunkt aller sozialdemokratischen jämmerlichkeiten!

Die Diskussionen von Leipzig

Nochmals: Was war mit Severing?

In der gestrigen Verhandlung des Staatsgerichtshofes wurde noch einmal die vom Präsidenten Bumke angedeutete Möglichkeit aufgegriffen, daß eine Pflichtverletzung der preußischen Regierung schon darin gesehen werden könne, daß sozialdemokratische Minister der Regierung angehört hätten und daß daher die Kommunisten geglaubt haben könnten, diese Minister seien ihnen gegenüber in ihren Entschlüssen nicht völlig frei. Der Vorsitzende hielt diese ungeheuerliche Auffassung ausdrücklich aufrecht, und die Vertreter der Reichsregierung bestätigten, daß das die Auffassung der Reichsregierung sei. In scharfen Ausführungen erwiderte Professor Heller, nun wisse Preußen endlich, wogegen es sich zu wehren habe und worauf das Vorgehen des Reiches überhaupt gestützt werde. Das Reich habe endlich zugegeben, daß bestimmend für sein Vorgehen der parteipolitische Zweck gewesen sei, die Sozialdemokraten herauszusetzen und andere Männer hineinzusetzen.

Ueber den preussischen Beweisanspruch, den Reichskanzler, den Reichswehrminister, den Staatssekretär Planck, Hitler und den Freiherrn von Gleichen zu vernehmen, wurde die Entscheidung noch einmal hinausgeschoben.

Dr. Brecht bezeichnete es als unhaltbar, daß die Reichsregierung ihr Vorgehen auf die bloße Tatsache der Zugehörigkeit von Braun und Severing zur SPD gründen wolle. Wenn die Reichsregierung die Äußerung Severings „Jagen wir die Reichsregierung am 31. Juli davon“ als Pflichtverletzung gegen das Reich betrachte, so sei diese Bestandsfrage neu. Zwei Tage nach dieser Äußerung habe nämlich in der Pressekonferenz ein Beauftragter derselben Reichsregierung auf eine entsprechende Frage geantwortet, die Reichsregierung habe keinen Anlaß, gegen diese Äußerung Severings einzuschreiten, da es sich um eine Äußerung im Wahlkampf handle.

Präsident Dr. Bumke legte der Vertretung der Reichsregierung nahe, etwas Näheres darüber zu sagen, ob damit gerechnet werden könne, daß in einer absehbaren Zeit das preussische Reichskommissariat ein

Ende finde. Der Reichsvertreter behielt sich eine Stellungnahme vor. Professor Schmitt, der Rechtsberater der Reichsregierung, erklärte, es müsse jeweils

im Ermessen des Reichspräsidenten stehen, ob eine Exekution gegen ein Land durchgeführt werde oder nicht. Der Münchener Professor Nawasky erklärte demgegenüber, es sei nicht richtig, daß die Schöpfer der Weimarer Verfassung daran gedacht hätten, dem Reichspräsidenten eine überragende Stellung einzuräumen. Man hätte gerade die Möglichkeit eines persönlichen Regimentes ausschalten wollen.

Gegen Schluß der Donnerstag-Verhandlung verlas der Vertreter des Reiches ein neues Telegramm des Reichsinnenministers:

„Die am 12. Oktober im Staatsgerichtshof vorgelegten Darlegungen des Herrn Ministers Severing bestätigen voll die wesentlichsten Punkte meiner früheren Angaben. Ich habe von der Unterredung den mich stark berührenden Eindruck mitgenommen, daß ein politisch so erfahrener Mann, wie Herr Severing, den Ernst der Lage im Juni 1932 ähnlich beurteilt wie ich selbst, und daß er selbst auf einen Weg wies, um ihm zu begegnen. Von diesem Teil der Unterredung habe ich daher meine engsten Mitarbeiter sofort in Kenntnis gesetzt. Es ist selbstverständlich, daß Herr Minister Severing mich zu den Maßnahmen, die sich später zwangsläufig immer weiter entwickelten, und die ich damals noch garnicht übersehen oder erwägen konnte, nicht „gedrängt“ hat. Eine derartige Behauptung ist auch niemals aufgestellt worden.“

Nach diesem Telegramm erscheint die Haltung Severings weiterhin als äußerst zweideutig und durchaus ungeklärt.

Gleich zwei Reden . . .

CNB. Reichskanzler von Papen wird am Sonntag in Paderborn und in Dortmund und vor einer Reihe großer Verbände sprechen.

Wenn wir nun die Bilanz unserer einjährigen Arbeit ziehen, dann müssen wir zugeben, daß Rückschläge in der Arbeit nicht ausgeblieben sind. Aber niemand von uns hat bei der Gründung die Schwierigkeiten, die sich beim Aufbau einer neuen Organisation ergeben, überschauen lassen. Unter dem Druck ihrer sozialdemokratischen Eltern wurden viele Jugendliche zum Austritt aus der Organisation gezwungen. Anderen, die annahmen, in wenigen Wochen eine Massenorganisation aus dem Boden stampfen zu können, ging die Entwicklung nicht rasch genug. Sie glaubten, wieder in den Schoß der alten großen Parteien zurückkehren zu müssen. Das Maßgebende aber ist, daß wir in diesem einen Jahr die entscheidenden Kadern der Organisation gehalten haben, daß wir durch unsere Arbeit zu einer inneren Festigung des Verbandes gekommen sind. Das ist zweifellos ein Erfolg angesichts der Tatsache, daß die Jugend kaum Zeit für eigene Arbeit hatte, daß sie vielmehr in gleich starkem Maße für die Partei tätig war. Was unsere Genossen an politischer und organisatorischer Arbeit geleistet haben, das grenzt an das Menschenmögliche. Diese Arbeitsfreudigkeit, diese grenzenlose Selbstlosigkeit unserer Genossen gibt uns aber auch die Gewähr, die Organisation in Zukunft weiter ausbauen, sie zu dem revolutionären Vortrupp machen zu können, der notwendig ist zur Revolutionierung und Aktivierung aller jungen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Denn kaum jemals war der Einsatz der revolutionären Kräfte der proletarischen Jugend so notwendig wie jetzt. Krieg und Nachkriegsjahre haben die Kräfte der jungen Generation zermürbt und jetzt, inmitten einer Krise, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt, steht diese Jugend vor den größten und schwierigsten Problemen, die je einer Generation gestellt worden sind. Die Geschichte der proletarischen Jugendbewegung lehrt, daß der Lehrling und jugendliche Arbeiter stets billiges Ausbeutungsobjekt für die herrschende Klasse war, daß in der fortschreitenden Industrialisierung und Rationalisierung die wirtschaftlichen Kämpfe der verschiedenen Interessengruppen vorwiegend auf dem Rücken der jungen Generation ausgelagert wurden. Niemals aber stand eine Generation vor einer solchen Hoffnungslosigkeit, einer solchen Ausweglosigkeit, wie die jetzt heranwachsende. Denken wir nur an die Million junger Arbeiter, die außerhalb der Betriebe stehen, an jene Hunderttausende, die niemals im Produktionsprozeß gestanden haben. Geradezu katastrophal sind die Auswirkungen, wenn junge Men-

den, die erst anfangen, sich ihr Leben aufzubauen, die nichts anderes besitzen, als ihre Arbeitskraft, aus dem Produktionsprozess ausgestoßen und zur Unfähigkeit verdammt sind. Darum empfindet aber auch diese Jugend doppelt stark die Unsinnsart des kapitalistischen Systems. Eine weitgehende Radikalisierung der Jugend ist das Resultat der verschärften Klassenkämpfe. Selbst bis hinein in die Kreise der bürgerlichen Jugend ist der Glaube an die „Gottgewolltheit“ der kapitalistischen Ordnung stark erschüttert. Auch sie sieht in diesem System keine sichere Lebensgrundlage mehr. Eine jugendliche der proletarisierten Mittelschichten bilden heute noch das Reservoir der nationalsozialistischen Bewegung.

Die Machthaber aber haben sehr bald erkannt, welche Gefahren diese in immer stärkerem Maße einsetzende Radikalisierung der Jugend hat. Und genau so, wie von Seiten jener Kreise um Papen-Schleifer alles daran gesetzt wird, die Arbeiterklasse wehrlos den Ausbeutungsplänen der herrschenden Klasse auszuliefern, wird auch jedes Mittel angewendet, die Jugend zu einem gefügigen Werkzeug zu machen. Es ist kein Zufall, daß die Verwirklichung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht in immer größerer Nähe rückt.

Ein geradezu unglaublicher Anschlag auf die proletarische Jugend aber ist das neu gegründete „Reichskuratorium zur Erleichterung der Jugend“. Die in Deutschland in immer noch — nach der Verfassung — bestehende „Pressefreiheit“ hindert uns, mit aller Deutlichkeit den wahren Sinn dieser neuesten „Errungenschaft“ der Deutschen Republik klarzulegen. Aber der von der Regierung selbst veröffentlichte Kommentar läßt über den Zweck, der damit verfolgt wird, keinen Zweifel aufkommen. Der Jugend soll wieder der alte preußische Drill beigebracht und damit die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes gesichert werden. Und es ist geradezu unverständlich, daß diese ungeheure Provokation der Jugend nicht wie ein Fanal auf alle proletarischen Jugendorganisationen gewirkt hat. Gegen diese Absichten der Reaktion muß sich unser Kampf mit der gleichen Schärfe richten wie jener Kampf gegen den Militarismus, der bereits vor 25 Jahren bei der Gründung der Sozialistischen Jugendinternationale im Vordergrund gestanden hat.

Ein weiterer Vorstoß gegen die Rechte der Jugend ist die geplante Heraufsetzung des Wahlalters. Wir haben nicht die Illusion, daß die großen Kämpfe der Arbeiterklasse mit dem Stimmzettel und durch Parlamentsentscheidungen geführt werden, wir haben immer wieder betont, daß der Kampf um die Eroberung der Macht ein außerparlamentarischer ist. Solange aber in Deutschland überhaupt nicht gewählt wird, kann es für die gesamte proletarische Jugend in erster Verbindung mit den Organisationen der erwachsenen Arbeiterschaft nichts anderes geben, als rücksichtslosen Kampf gegen ihre politische Entrechtung.

Heute noch stehen die großen Organisationen der Arbeiterschaft — SPD und KPD — vollkommen unfähig beiseite. Und nicht anders ist es mit den bestehenden alten proletarischen Jugendorganisationen.

Die Sozialistische Arbeiterjugend geht konsequent den Weg, den ihr Friedrich Ebert und Ludwig Frank vorgezeigt haben. Durch ihre offiziell „neutrale“, bezirklich meist sogar positive Einstellung zum FAD, fördert sie ideologisch den Gedanken der Arbeitsdienstpflicht und leistet damit der herrschenden Klasse Vorschub für ihre reaktionären Pläne.

Der Kommunistische Jugendverband wendet sich zwar in Worten scharf gegen diese Anschläge auf die proletarische Jugend. Einen Weg zur wirklichen Formierung der Abwehrfront hat auch er bisher nicht gezeigt, weil er den einzig möglichen Weg, die Bildung der proletarischen Front aller jungen Arbeiter — ebenso sabotiert wie die sozialdemokratischen Jugendführer.

Das Entscheidende aber ist, daß beide Organisationen — gebunden an die offizielle Politik ihrer Partei — es bisher nicht verstanden haben, die noch im Proletariat ruhenden jungen Kräfte zu mobilisieren.

Wir haben in unserer Prinzipien-Erklärung mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht, daß wir unseren Kampf führen in engster Kampfgemeinschaft mit der Sozialistischen Arbeiterpartei, aber als organisatorisch und politisch selbständige Jugendorganisation.

Die Klassenfront der Jungarbeiterschaft zu formieren, das ist und bleibt die große Aufgabe unserer Organisation. Dabei mag es Rückschläge geben, mögen unsere Genossen, verblüfft durch die Engstirnigkeit sozialdemokratischer und kommunistischer Parteibürokratien, manchenmal den Mut verlieren. Niemals aber dürfen wir unsere politischen Entscheidungen von persönlichen Verärgerungen abhängig machen. Wir haben uns auf unserer Reichskonferenz eine eindeutige Prinzipienklärung gegeben. Jetzt kommt es darauf an, die dort verankerten Grundsätze in unserem praktischen Kampf auszuwerten. Mögen SPD und KPD heute noch pochen auf die Stärke ihrer Organisationen. Entscheidend für die Existenz einer Organisation sind nicht die Mitgliedszahlen, nicht ihre Vertretung in den Parlamenten, sondern ihr Einfluß in der Arbeiterschaft. Die Tatsache, daß uns sowohl aus sozialdemokratischen wie aus kommunistischen Kreisen immer wieder versichert wird, daß unsere Politik absolut richtig ist, daß unsere Parolen das aussprechen, was die Arbeiter im Augenblick am notwendigsten gebrauchen, beweist schon, daß unser ideologischer Einfluß in der Arbeiterschaft im Vormarsch ist. Das kann uns nur bestärken

SOS aus dem Ruhrgebiet

Die Vertreter im Reichsrat der Provinzen Rheinland und Westfalen, Dr. Hammacher und Stadtrat Ollinga, haben an den Reichsfinanzminister ein dringendes Schreiben gerichtet und fordern umgehend Hilfe, wie sie die Bevölkerung der beiden Provinzen seit langem erwartet. Sie führen ferner darüber Klage,

daß die Reichsregierung für die wirtschaftliche Sicherung des Grundbesitzes des Ostens weitgehende Hilfsmaßnahmen durch Bereitstellung großer Geldmittel durchgeführt hat. Aber die notwendige Hilfe für die durch Wohlfahrtsämter immer größer werdende Zahl an den Ruin gebrachter Gemeinden, deren Unterstützungssätze bis jetzt ausgeblieben sei.

Zum Schluß fordern die Vertreter noch einmal „ineng baldige durchgreifende Hilfe.“

Auch die Stadtvordemulen und der Magistrat der Stadt Hagen sandten an die Regierung folgendes Telegramm:

„Not der Krisenopfer unbeschreiblich. Die Ernährung mit Säzen der Krisenunterstützung unmöglich. Unterernährung der Bevölkerung stark ausgeprägt. Sofort Erhöhung der Sätze auf Richtsätze des Wohlfahrtsamts zur Vermeidung von Katastrophen notwendig.“

In einer weiteren Erklärung fügt der Magistrat zur näheren Zeichnung der Situation folgendes hinzu:

„An eine ausreichende Versorgung mit Winterbrand und Kartoffeln, an eine Beschaffung der notwendigen Kleidungsstücke ist gar nicht zu denken. Der Winter steht aber vor der Tür, das Wohlfahrtsamt kann nicht helfen, da die Mittel der Stadtgemeinde nicht einmal ausreichen, um die Richtsätze zur Auszahlung zu bringen. Am größten ist die Not jedoch bei denjenigen Erwerbslosen, die nicht einmal die Richtsätze des städtischen Wohlfahrtsamtes erhalten. Es sind die Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung, die vom Arbeitsamt als Reichsbehörde unterstützt werden. Ihre Richtsätze liegen nach der letzten Kürzung infolge der Notverordnung in den meisten Fällen erheblich unter dem Richtsatz des Wohlfahrtsamtes.“

Die Folgen der unzureichenden Unterstützung, so schreibt der Magistrat: „Steigerung der Tuberkulose, der Kinderkrankheiten und Säuglingssterblichkeit, Bettel, Betrügerei und Eigentumsdelikte, massenhafte Felddiebstähle.“

Der Magistrat fordert: Erhöhung der Unterstützungssätze, um die Ruhe der Bevölkerung zu gewährleisten und die Volksgesundheit nicht weiter herabzumindern.

Auch aus anderen Städten des Ruhrgebiets häufen sich die Meldungen, daß die Gelder zur Auszahlung der Unterstützungen,

sowie der Beamten- und Angestelltengehälter nicht mehr aufzubringen sind. So ist die Kassenslage der Stadt Duisburg-Hamborn derzeit zugespitzt, daß die Stadtverwaltung außerstande ist, die am 15. Oktober fälligen Gehälter auszuzahlen. Man hat eine Regelung dahin getroffen, für die Gehaltsklasse bis 150 Mark einen Abschlag von 50 Mark auszuzahlen.

Besonders die Fehlbeträge der kleineren Kommunen nehmen immer mehr überhand, so daß sie in immer dringenderen Eingaben an die Regierung zur Abwendung des völligen Bankrotts um durchgreifende Hilfsmaßnahmen bitten. So stieg der Fehlbetrag der Gemeinde Olpe vom Jahre 1931 bis heute von 140 000 Reichsmark auf 200 000 Mark. Allen die Wohlfahrtsämter betragen 190 000 Reichsmark. — Aftendorn verzeichnet einen Fehlbetrag von 232 900 Mark. Einer Einnahme von 810 536 Mark steht eine Ausgabe von 1 436 000 Mark gegenüber. Die fällige Auszahlung der Beamtengehälter mußte zurückgestellt werden.

Der Oberbürgermeister von Wanne-Eickel berichtet in der Kölnischen Zeitung, daß der Fehlbetrag der Stadt von 1928 von 3 455 000 Mark auf 9 747 000 Mark bis heute angewachsen ist. Zur Begleichung der Wohlfahrtsauslagen reicht die gesamte Steuereinnahme nicht zur Hälfte aus. Gegenüber August vorigen Jahres ist der Fleischkonsum der Stadt um 43 394 kg mehr als ein Fünftel zurückgegangen. Bei einem Unterstützungssatz von 47 Mark für 23 Personen verbleibt bei Abrechnung von 20 Mark für Miete, Kleidung, Licht, Brand, Wäsche pro Tag zum Leben 90 Pfg., für eine Person also 36 Pfennige.

40% der Bevölkerung müssen von weniger als 40 Pfennig leben.

Die Verzweiflungsschreie der Kommunen lassen deutlich erkennen, daß es trotz der gemeldeten Neueinstellung in der Industrie im Ruhrgebiet immer weiter bergab geht.

Um eine Katastrophe im Ruhrgebiet zu verhindern, ist es notwendig, daß der ADGB und die Arbeiterparteien von sich aus eine Aktion einleiten, die darauf abzielt, die ungeheuren Haldenvorräte an Kohle — im Ruhrgebiet lagern 10 Millionen Tonnen Kohlen auf den Halden — durch Beschlagnahme für den Winterbedarf der Erwerbslosen sicherzustellen. Darüber hinaus müßten die Erträge der diesjährigen außerordentlich guten Ernte beschlagnahmt werden, soweit Kartoffeln und Getreide zur Schnapsbrennerei und Viehfütterung für die menschliche Verwertung unbrauchbar gemacht wird. Das Versprechen der Regierung, die Erwerbslosen-Unterstützungssätze eventl. im Winter zu erhöhen, darf nicht länger ein leeres Versprechen bleiben, sondern muß durch den Druck der Gewerkschaften und Arbeiterparteien schnellste Verwirklichung finden.

bescheiden. Demnach würden nur die Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung teilweise wieder etwas erhöht werden. Da von der Arbeitslosenversicherung heute nur etwa ein Siebentel der Erwerbslosen unterstützt werden, kommt diese „Erhöhung“ für die große Masse der 7 Millionen Arbeitslosen über-

Die Frist für den Wettbewerb der „SAZ“ über das Thema „Der Arbeiter und seine Zeitung“ läuft am 20. Oktober ab. Wir rechnen auf die Mitarbeit recht vieler Leser und Leserinnen!

haupt in Frage. Die „Erleichterungen“ in Kranken- und Unfallversicherung sind Versprechungen, die selbst wenn sie werden, an dem brutalen Abbau der Rechte und Leistungen nicht ein Jota ändern.

Man kann nach diesen Ankündigungen nicht mehr im Zweifel sein, daß auch die endgültige Bekanntgabe der Regierungspläne in der Unterredung mit den Gewerkschaften zeigen wird, daß die ganze „Unterstützungserhöhung“ fauler Zauber ist, nicht einmal ausreichend zu einem Manöver zur „Beruhigung“ der Massen zu den Wahlen.

Zuckerbrot für die Wahlen

Berlin, 13. Oktober. CNB. Der Reichsarbeitsminister hat die Gewerkschaften und die Spitzenverbände der beteiligten Organisationen für den kommenden Sonntag zu einer Besprechung eingeladen, um über die Milderungen der durch die Notverordnung von 16. Juni 1932 erfolgten Rentenkürzungen sowie über die Erhöhung der Sätze in der Arbeitslosenversicherung für die Wintermonate zu verhandeln.

Wie eine gewerkschaftliche Korrespondenz berichtet, wird die Erhöhung der Sätze in der Arbeitslosenversicherung in der Weise gedacht, daß man einen besonderen Winterzuschlag einführt, der auf die Monate November 1932 bis März 1933 beschränkt bleibt und dessen Höhe nach dem Familienstand gestaffelt wird. Weiter soll eine Reihe von Härten ausgeglichen werden. Auch für die Krankenversicherung denkt man an eine beschränkte Wiedereinführung der Mehrleistungen, die durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 unterbunden wurden.

In der Unfallversicherung erwartet man eine Beseitigung derjenigen Härten, die sich durch die Bestimmungen der Notverordnung vom 14. Juni ergeben.

Gemessen an den seit Tagen von der Regierung bombastisch angekündigten Unterstützungserhöhungen für die Arbeitslosen und den „Milderungen“ der Notverordnung sind die hier aufgeführten Pläne mehr als

in unserer Verpflichtung, überall, wo junge Arbeiter sind, in den Betrieben, auf den Stempelstellen, vor allem aber in den Massenorganisationen des Proletariats, den Kampf für die Durchsetzung der deutschen Arbeiterinteressen zu führen.

Das aber setzt voraus eine starke, innerlich geeinte Massenorganisation. Darin muß unser Kampf um die Durchsetzung der inneren Festigung der Organisation von laufen. Systematische, ununterbrochene und: Mitgliederfähige Durchführung einer sozialistischen Jugendarbeit sind die ersten Voraussetzungen dafür. Die kommenden Monate müssen in stärkerem Maße als bisher den besonderen Aufgaben unserer Organisation Rechnung tragen. Nicht durch überzeugende Reden werden wir die Bürokratien der SPD und KPD überzeugen. Sie veranlassen, das zu tun, worauf es heute ankommt, werden wir nur, wenn wir unsere eigene Organisation aktions-

fähig machen. Das ist die Aufgabe unserer Genossinnen und Genossen. Niemals werden wir im Kampf um die Durchsetzung unserer Ziele erlahmen, an jedem Tag wollen wir die Bereitschaft zum Kampf steigern. Wir haben wahrlich keinen Grund zur Kleingläubigkeit: denn wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht in tiefste Barbarei versinken will, wenn sie nicht endgültig und vernichtend geschlagen werden soll, dann muß unser Wollen sich durchsetzen. Dann muß unser Kampfprogramm nicht nur das Programm unserer eigenen Organisation sein, sondern die Marschroute der gesamten deutschen Arbeiterklasse. In diesem Sinne geloben wir aufs neue: Unerschütterlich werden wir arbeiten, wirken und kämpfen. Nichts wird uns aus der Bahn bringen. Wir werden marschieren, weil wir marschieren müssen, weil ohne unser Vorwärtkommen die deutsche Arbeiterklasse vernichtet wird.

Papen kauft Zentrumsblätter

Der „Dortmunder General-Anzeiger“ bringt aufsehenerregende Nachrichten über Eingriffe des Reichskanzlers von Papen in die Freiheit der Zentrums-Presse. Danach ist es Herrn v. Papen gelungen, sich das Verfügungsrecht der Mehrheit der Aktien der „Germania“, des Berliner Zentrumsorgans, zu sichern und damit die politische Haltung des Blattes entscheidend zu ändern und für den Regierungskurs Papen-Schleifer einzusetzen. Die gesamte Redaktion der „Germania“ und ein Teil der technischen Angestellten hat bereits die Kündigung erhalten. Nach den Mitteilungen des Dortmunder Blattes hat dieses Vorgehen Papens in den Kreisen des Zentrums große Bestürzung hervorgerufen. Es werden bereits alle Vorbereitungen getroffen, um ein neues Zentrumsblatt in Berlin zu schaffen.

Aber Papens Pläne gehen noch weiter: er bemüht sich bereits, auch das westdeutsche Organ der Zentrumspartei, die „Kölnische Volkszeitung“ unter seinen Einfluß zu bekommen. Zwischen diesem Zentrumsblatt und dem preußischen Staat bestehen gewisse finanzielle Beziehungen, und diese Beziehungen will jetzt der Kanzler zur Stützung seiner persönlichen Politik ausnutzen. Ähnlich hat er es bereits bei der „Germania“ gemacht, bei der er nur 47 Prozent der Aktien besitzt, sich aber dadurch die Mehrheit verschafft, daß er die sieben Prozent der Preußenkasse ebenfalls einsetzte, um seine politischen Absichten zu verwirklichen. Man sieht daraus, in welcher Weise die jetzige Reichsregierung öffentliche und persönliche Angelegenheiten miteinander verknüpft.

Hochschulen als Rüstungsfaktoren

Man muß der deutschen Konterrevolution bescheinigen, daß sie nach einem einheitlichen Plan in Deutschland vorgeht.

Symptomatisch für die Unterstützung der Papen-Regierung in der Rüstungsfrage sind die Zeitschriftenaufsätze rechtsgerichteter Literaten.

In der Zeitschrift „Volk und Reich“, in welcher im Septemberheft der Reichskanzler von Papen einen Artikel über konservative Staatsgesinnung veröffentlichte, ist im Oktoberheft ein Aufsatz von Helmut Bauer, „Hochschulen als Rüstungsfaktoren“ enthalten.

Der Verfasser untersucht in diesem Artikel die Rüstungsverhältnisse der verschiedenen Länder, so z. B. Englands, Frankreichs, Amerikas, Rußlands, Italiens, Polens und Dänemarks. Er arbeitet deutlich die Rolle der Hochschulen als Ausbildungsstätten militärischer Führer heraus. Er ist der Auffassung, daß die Hochschulen zugleich die wichtigsten Stätten der militärischen Ausbildung seien und weist treffend nach, daß das in den angeführten Ländern der Fall ist. Als Musterbeispiel erscheint ihm die englische 1925 eingerichtete Reichsverteidigungshochschule.

Im Zusammenhang mit seinen Betrachtungen begrüßt er die Schaffung des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung und wünscht, daß besonders die deutschen Hochschulen die Träger der „Gleichberechtigung in militärischen Dingen“ (Hies Aufrüstung) werden. Besondere Bedeutung mißt er dabei den Technischen Hochschulen zu, in der richtigen Erkenntnis, daß der nächste Krieg vorwiegend ein Materialkrieg wird.

Als besonderes Lockmittel für Studenten wünscht Bauer besondere Vorteile im Berufsfortkommen, sofern die Studenten sich freiwillig diesem Plan zur Verfügung stellen.

Wir müssen die größte Aufmerksamkeit auf diese Entwicklung richten, weil hier die ausschlaggebenden Vorbereitungen eines neuen Krieges nicht nur in der Stille getroffen, sondern bereits mit aller Offenheit, wie der angezogene Artikel beweist, propagiert werden. Die Kenntnis dieser Symptome muß für ein Signal sein, unsere Arbeit in der Arbeiterklasse zu verdoppeln. Denn nur durch die rechtzeitige Auslösung des politischen Kampfes der einigen Arbeiterschaft können die verheerenden Folgen eines neuen wahnwitzigen Völkermordens vermieden werden.

Kleine Nachrichten

Berlin, 12. Oktober. Die politische Polizei des Berliner Polizei-Präsidiums hat die Oktober-Nummer der Verbandszeitung des Allgemeinen Verbandes der Kriegs- und Arbeitssopfer Deutschlands beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erfolgte wegen eines Artikels, in dem in durchaus sachlicher Form zum revolutionären Kampf gegen den Krieg und zur Bildung der proletarischen Einheitsfront aufgerufen wurde.

München, 12. Oktober. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Buchmann sollte sich heute vor dem Schwurgericht verantworten. Da er zu der Verhandlung nicht erschienen war, gab das Gericht dem Antrag des Staatsanwalts, Haftbefehl gegen Buchmann zu erlassen und ihn im deutschen Steckbriefregister auszuschreiben, statt.

Budapest, 13. Oktober. Der Ministerrat beschloß einstimmig, das Standrecht aufzuheben.

Königsberg. Die „Königsberger Volkszeitung“ ist vom 12.—15. 10. verboten worden.

Die Schuld der SA erneut festgestellt

(Sonderbericht der SAZ)

Am Mittwoch beschäftigte sich die Große Strafkammer in Brieg mit der Berufungssache des Melkers Alois Franz jun. aus Thomaskirch Kr. Ohlau, der in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht am 15. Juli wegen ungehobener Notwehr zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Wir hatten seinerzeit über den Verlauf der Schöffengerichtsverhandlung schon ausführlich berichtet. Die Berufungsverhandlung erbrachte den verstärkten Beweis dafür, daß die Nationalsozialisten in den Dörfern des westlichen Teils des früheren Kreises Ohlau schon seit 1928 keine Gelegenheit vorbegehen lassen, um den politisch andersdenkenden Teil der Bevölkerung auf jede erdenkliche Weise zu provozieren und anzugreifen. Der Sturm Gusten unter Führung des Sturmhaupführers Kille scheint sich darin besonders auszuzeichnen.

Bei einem am Abend des 3. Juli durchgeführten, aber unerlaubten Umzuge in Thomaskirch in Stärke von über 80 Mann suchte der Sturm durch Absingen herausfordernder Lieder die Arbeiter zu provozieren. Der 46 Jahre alte Arbeiter Alois Franz sen., der mit seiner Familie und Nachbarn vor seinem Hause stand und für das blöde Treiben der SA-Leute nur ein Lächeln übrig hatte, erregte den Unwillen der Bande, von der sich über ein Dutzend nach dem Rufe:

„Auf dich rote Lerge warten wir schon lange!“

In blinder Wut auf ihn stürzte und mit allen möglichen Schlagwerkzeugen den alten Mann bewußlos schlugen. Frau und Tochter des Ueberfallenen wurden gleichfalls geschlagen. Der zwanzigjährige Sohn Alois, den seine Haut von dem Handgemenge schon weggezogen hatte, eilte auf die Hilferufe seiner Angehörigen erneut herbei und verletzte dabei in seiner Erregung mit einem Taschenmesser den Sturmführer Kille am Halse, nahe der Schlagader. Darauf stürzten sich eine Anzahl der Angreifer erneut auf das Haus und zerbrachen das Fensterglas und die Haustür, um angeblich den Messerstecher zu suchen.

Aus den Zeugenaussagen ging mit aller Klarheit hervor, daß die SA-Leute Kille, König, Katscher und Frost an der Prügelei gegen wehrlose Menschen sich besonders hervorgetan haben.

König z. B. versuchte noch, dem zusammengesunkenen Franz sen. mit seinen schweren Schuhen einen Stoß ins Gesicht zu versetzen.

In der ersten Instanz war der Anführer Kille, trotz einer Vorstrafe von sieben Monaten wegen des gleichen Delikts, nur zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden und der Angeklagte König wegen Landfriedensbruchs zu drei Monaten Gefängnis. Die übrigen waren freigesprochen und eine Verurteilung wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung sogar fallen gelassen worden.

Gegen dieses geringe Strafmaß mußte sogar die Staatsanwaltschaft Berufung einlegen.

Für den Angeklagten Alois Franz jun., Mitglied des Reichsbanners, hatte Genosse Dr. Eckstein Berufung eingelegt. Genosse Dr. Oppler, der als Verteidiger an der Verhandlung teilnahm, wandte sich vor allem gegen die Vereidigung der Zeugin Frau Römis ch, deren geistige Unzurechnungsfähigkeit von verschiedenen Seiten, darunter dem Ehemann, in der Verhandlung hervorgehoben wurde. Diese Zeugin glaubte, entgegen den Aussagen von sechs anderen, gesehen zu haben, daß Franz jun. den Führer Kille verletzte, als der Sturm schon abmarschierte. Das Gericht blieb bei der Vereidigung.

In seinem Plädoyer wies Genosse Oppler, nachdem er das gemeine Verhalten der Nazis gebührend gekennzeichnet und für diese eine Erhöhung des Strafmaßes forderte, auf das Widerspruchsvolle in der Aussage der Zeugin Römisch hin, denn andere Zeugen stellten fest, daß Franz jun. erst herbeieilte, als die Nazis noch um seinen Vater standen und auf ihn einschlugen. Genosse Dr. Oppler forderte daher für Franz jun. Freispruch, zunal sich dieser Angeklagte mindestens in einem die Strafbarkeit ausschließenden Irrtum über die Gesamtlage befand.

Nach halbstündiger Beratung wurden folgende Urteile gefällt: Der Angeklagte Kille erhielt wegen Landfriedensbruchs drei Monate und wegen Uebertretung des Umzugsverbots vom 14. 8. 32 drei Tage Gefängnis.

König erhielt wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung drei Monate und zwei Wochen (der Staatsanwalt beantragte fünf Monate).

Katscher erhielt wegen desselben Delikts drei Monate und Frost wegen Landfriedensbruchs ebenfalls die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Wegen

Uebertretung des Umzugsverbots erhielten letztere drei Angeklagten noch je eine Geldstrafe von 10 Mark. Das Urteil der ersten Instanz für Alois Franz jun. in Höhe von vier Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist wurde beibehalten.

Bemerkenswert ist die Feststellung eines Zeugen, der kürzlich auf einem Gutshofe in Würben aus dem Munde von Nationalsozialisten die Drohung hörte, daß diese in Kürze unter der Thomaskircher Arbeiterschaft gehörig aufräumen werden.

Von eigenen SA-Kameraden erschossen

Eine wüste Nazi-Hetze zusammengebrochen

In den Sommermonaten, während des Reichstagswahlkampfes am 18. Juli, hatten Nationalsozialisten, nachdem sie größere Teile von SA aus der Umgegend zusammengezogen hatten, eine ihrer berüchtigten „Stralexpeditionen“ nach Groß-Rosen, einem typischen Arbeiterdorf bei Striegau, inszeniert. Durch ihre schamlosen Provokationen kam es zu Zusammenstößen und zu einer Schießerei zwischen Reichsbannerleuten und der SA. Im Verlauf dieses Gefechtes wurde der SA-Mann Härtel aus Rauske bei Striegau durch einen Herzschoß getötet. Der Reichsbannerkamerad Gustav Rolke aus Groß-Rosen wurde der Tat verdächtigt und verhaftet. Er antwortete sich nun vor dem Sondergericht in Schweidnitz zu verantworten.

Die Verhandlungen haben jetzt mit dem Freispruch des Genossen Rolke nach einer längeren Unterbrechung ihren Abschluß gefunden.

Der Reichsbannerkamerad Rolke hatte von vornherein zugegeben, geschossen zu haben. Er sah seinen Vater in Bedrängnis, SA-Leute drangen mit Stichwaffen auf ihn ein, da schoß er, ohne zu zielen, ohne die Absicht zu haben jemanden zu treffen. Von Naziseite wurde natürlich behauptet, daß gleich nach dem Schoß von Rolke der SA-Mann tot zusammengesunken sei.

Rolke ist schwer belastet. Der Prozeß steht zunächst ungünstig für ihn. Der Prozeß erhielt aber durch die Aussage eines in letzter Minute herbeizitierten Zeugen eine günstige Wendung. Es handelt sich um einen 70jährigen Rentner, der mit großer Bestimmtheit aussagte, daß

genau in demselben Moment als Rolke schoß, ein uniformierter SA-Mann in der gleichen Richtung, in der Härtel stand, geschossen habe.

Dann wird die Frage des Einschusses behandelt; im Obduktionsprotokoll steht nämlich drin, daß der Einschub, eine Rippe ist durchschlagen, einen Durchmesser von 5 Millimeter hat. Der Revolver, mit dem Rolke geschossen hat, hat aber das Kaliber 7,65 Millimeter gehabt. Dieser Umstand läßt ohne weiteres auf die Unschuld des Reichsbannerkameraden schließen.

Dazu kommt, daß noch eine Reihe anderer Zeugen aussagen, daß die Nationalsozialisten in derselben Richtung, in der Härtel raufte, geschossen hätten. Und zwar waren diese Schüsse einem Reichsbannerkameraden zugeordnet, der sich gerade im entscheidenden Augenblick bückte, so daß die Kugel über ihn hinwegpfliff und den Nazi Härtel traf.

Der Staatsanwalt erhebt wie üblich einen ungeheuerlichen Strafantrag, er besteht auf 7 Jahre und zwei Monate Zuchthaus.

Nach einer sehr langen Beratung wurde der Angeklagte lediglich wegen Vergehens gegen § 3 des Gesetzes über Waffenmißbrauch in Verbindung mit Uebertretung des Schußwaffengesetzes zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Damit bricht eine wüste Hetze der schlesischen Nazipresse zusammen. Mit großem Trara hatte seinerzeit die Journalle der Nazis Rache gefordert, und Fememörder Heines, der seinerzeit persönlich bei der Beerdigung des SA-Mannes Härtel anwesend war, hatte Racheschwüre zum Himmel geschworen.

Streik in der Strehleiner Steinindustrie

Gegen Lohndiktat des Unternehmers

Die Vereinigten Schlesischen Granitwerke benützten im städtischen Steinbruch zu Strehlen die Herstellung einer neuen Sorte von Pflastersteinen, um hierfür einen derartig niedrigen Akkordlohn für die Putzer festzusetzen, daß es ganz unmöglich ist, den Akkord-Richtlohn bei größter Anstrengung nur einigermaßen zu erreichen. Dabei muß bemerkt werden, daß alle übrigen Akkordsätze ebenfalls bereits so gedrückt sind, daß die Putzer — das sind Facharbeiter — dauernd hinter dem Stundenlohn des Hilfsarbeiters zurückbleiben.

Als in dieser Woche die Herstellung der neuen Sorte von Pflastersteinen in Angriff genommen wurde, mußten die Putzer feststellen, daß es bei dem von der Betriebsleitung festgesetzten Preise unmöglich wäre, auch nur den Satz der Wohlfahrts-Unterstützung als Lohn zu verdienen. Sie forderten daher am Mittwoch den Betriebsratsvorsitzenden auf, mit der Leitung wegen Erhöhung zu verhandeln. Nach anfänglichem

Sträuben mußte sich dieser Reformist doch dem einmütigen Verlangen der Belegschaft, gleich ob freigewerkschaftlich, in der RGO oder unorganisiert, fügen. Wie gar nicht anders zu erwarten, zeigte der Unternehmer bei der Verhandlung die kalte Schulter.

Darauf beschlossen die Putzer einmütig, die Arbeit niederzulegen. Trotz aller Abbiegungsversuche der reformistischen Gewerkschaftsvertreter folgte diesem Beschluß auch sofort die Arbeitsniederlegung. In einer Donnerstag früh abgehaltenen Belegschaftsversammlung, der fast alle 700 Arbeiter beiwohnten, wurde wiederum gegen die Vertreter des Deutschen Steinarbeiterverbandes der Gesamtstreik beschlossen. Allerdings schlossen sich hiervon einige Hilfsarbeiter und eine kleine Sparte von Maschinenarbeitern stillschweigend aus, die dann die Ehre hatten, unter polizeilichem Schutz ihre Arbeit auszuführen.

In der Belegschaftsversammlung wurden

sofortige Verhandlungen gefordert, sowie genaue Forderungen formuliert und angenommen. Diese besagen, daß jedem Putzer der Akkord-Rechtlohn wieder garantiert werden müsse. Auch wurde eine Streikleitung gewählt, die inzwischen die Verbindung mit den zuständigen Behörden aufgenommen hat.

Verhinderte Exmittierung

In der Vorwerkstraße 49 gelang es der geeinten Front von SAP-, KPD- und SPD-Arbeitern, eine Exmittierung zu verhindern. Mit großen weißen Buchstaben standen auf dem Straßenpflaster Hinweise über die beabsichtigte gewaltsame Entlohnung eines Proleten aus seinem Heim.

Um 9 Uhr vormittags erschien der Gerichtsvollzieher. Die mitgebrachten Möbelpacker erklärten sich aber mit den zu Exmittierenden solidarisch und weigerten sich zu arbeiten. Die Arbeiter einer anderen Möbelfirma, die man angerufen hatte, weigerten sich ebenfalls. So wurde der Staatsapparat in Bewegung gesetzt. Ein Achterwagen Schupo erschien. Aber auch das nutzte nichts. Einer Delegation von Proleten gelang es schließlich, auf dem Verhandlungsweg von der Hauswirtsin eine Verschiebung der Räumung auf unbeschränkte Zeit zu erlangen.

Ausgerechnet beim Fürsten Pleß

Vor einigen Tagen wurde im Marstall des Fürsten Pleß in Fürstenstein der Kraftwagen beschlagnahmt, dessen Insassen am 8. August das Sprengstoffattentat gegen den Redakteur Peschke in Reichenbach decken sollten. Als Führer dieses Kraftwagens wurde ein in Breslau wohnhaft gewesener Nationalsozialist festgestellt, der flüchtig ist. An dem Sitz des Wagens befindet sich eine Pfändungsmarke des Hirschberger Gerichts.

Fürsten, Prinzen und Arbeiter . . .

Spinale Kinderlähmung trotz Herbstwitterung

Grünberg, 13. Oktober.

In dem neu zum Kreise Grünberg gekommenen Ort Groß-Reichensau ist ein Junge an spinaler Kinderlähmung erkrankt.

Reichenbach, 13. Oktober.

In Neudorf ist ein Kind an spinaler Kinderlähmung erkrankt. Es wurde in das Reichenbacher Krankenhaus eingeliefert.

Man hatte uns auf den Oktober vertröstet. Dann würde alles gut. Pech haben aber die Herren Sanitätsräte und die Herren vom Gesundheitsamt mit ihren Weissagungen.

Es wird wirklich an der Zeit, daß wirksame Schritte zur Bekämpfung der Krankheit unternommen werden!

Ein Eisenbahnschuppen niedergebrannt

Am Donnerstag früh gegen 2 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Hubenstraße 2/6 (ehemalige Eisenbahnwerkstätten), in dem sich eine Tischlerei und ein Materialienlager befinden, alarmiert. Sie fand bei ihrem Eintreffen in einem 18x25 m großen Werkstattgebäude bereits einen ausgedehnten Brand vor, der auch die Dachkonstruktion erfaßt hatte. Das Feuer fand in dem dort lagernden Bretterstapel reiche Nahrung, und seine Bekämpfung war äußerst schwierig, da die brennenden Teile der Dachkonstruktion in das Innere des Gebäudes fielen. Der Brand wurde mit 10 Schlauchleitungen bekämpft und war um 4 Uhr gelöscht. Zerstört wurden die gesamte Dachkonstruktion sowie die in der Tischlerei befindlichen Holzvorräte, Maschinen und Werkzeuge. Die Entstehungsursache war nicht zu ermitteln.


Daraufhin schwirrten Gerüchte umher, SA soll den Schuppen angezündet haben. Aber, wie gesagt, es sind dies nur Gerüchte.

Junco hat ihre eigene Note,
das wissen alle Juncofreunde!
 Zur Wahrung ihrer Eigenart, die in sorgfältigster Mischung bester Tabake liegt, verzichtet

JUNCO

auf Zugabe von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien.

Junco wirbt nur durch sich selbst!

IMMER VOLLES FORMAT

IMMER GLEICH GUTE MISCHUNG

IMMER FRISCH

Polizei müßte auf die Anklagebank!

Ein Prozeß von prinzipieller Bedeutung

(Eigener Bericht der SAZ)

In der Textilindustriestadt Nordhorn an der holländischen Grenze, in der die Arbeiterschaft überwiegend links, zum großen Teil kommunistisch eingestellt ist, veranstaltete die SA am 13. Juli einen Propagandamarsch, der mit Genehmigung der Polizei durch die Arbeiterviertel geführt wurde. Bei diesem Umzug ist es zu schiefen politischen Auseinandersetzungen und Schießereien gekommen. Fünfzehn linksradikale, meist der kommunistischen Partei und den roten Einheitsverbänden angehörende Arbeiter wurden unter Ande der Landfriedensbruchs, einige sogar unter Ande der Beschädigung von Verkehrswegen zum Zwecke des Barrikadenbaus und einige andere unter Ande des verbotenen Waffenbesitzes usw. gestellt. In dem vor der Osnabrücker Großen Strafkammer eingeleiteten Prozeß wurden über hundert Zeugen aufgebeten, die zum großen Teil das Beweismaterial gegen die Angeklagten, die fast alle ungefähr drei Monate ungerichtlichweise in Haft sitzen, liefern sollten.

Bei der bisherigen Vernehmung von fast vierzig Zeugen konnte auch nicht die Spur eines gerechtfertigten Verdachts gegen die Angeklagten gefunden werden. Keiner der Zeugen kann aussagen, den einen oder andern der Angeklagten bei irgendwelchen strafbaren Handlungen gesehen zu haben. Nur ein einziger Zeuge, der allerdings einen denkbar unglaubwürdigen Eindruck machte, hatte in einer protokollierten Vernehmung wenige Tage nach den Vorfällen schwer belastende Angaben gemacht, von denen er heute sagt, er habe das alles aus eigener Phantasie gesagt, um sich selbst von dem Verdacht der Mithäterschaft reinzuwaschen. Dieser Zeuge behauptete, diese Aussagen unter dem Zwang der Nordhorer Polizei

nemacht zu haben. Bei einer zweiten Vernehmung machte dieser Zeuge, der noch wenige Wochen vorher der SA angehörte und jetzt vorgibt, mit der KPD zu sympathisieren, ganz ähnliche Aussagen, die er dann Ende September in einem Brief an die Osnabrücker Staatsanwaltschaft widerrief. In der Verhandlung erklärte er, die Angeklagten in keiner Weise belästigen zu können; durch die Gewaltthaten der Polizei und durch deren Drohungen sei er nervös geworden, so daß er die Fassung verloren habe. Er könne auf seinen Eid nehmen, daß er nichts gesehen habe, also auch nichts Belastendes gegen die fünfzehn Angeklagten aussagen könne. Es hat den Anschein, als wenn sich die ganze Anklage in der Hauptsache auf diesen Kronzeugen der Nordhorer Polizei aufbaute. Stellt sich das als tatsächlich heraus, was erst noch im Verlaufe der mehrtägigen Verhandlung klargestellt werden muß, dann muß man in der schärfsten Weise Stellung nehmen gegen eine Staatsanwaltschaft, die auf solche Aussagen hin ein Verfahren anhängig macht, und die es zuläßt, daß auf diese Weise 15 Arbeiter eine fast dreimonatige Untersuchungshaft erleiden müssen, die in keiner Weise entschuldigt oder begründet werden kann.

Aber die Polizei hat noch viel schwerer gesündigt. Als nämlich von allen Seiten die Polizei durch einwandfreie Zeugen immer wieder darauf aufmerksam gemacht wurde, die SA-Leute seien schwer bewaffnet,

da haben die Polizeibeamten die Aufforderung, die Nazis nach Waffen zu untersuchen, als Belästigungen empfunden und oft sogar mit schroffen und aufreizenden Worten abgelehnt. Ein Polizeibeamter sagte in der Verhandlung, er sei andauernd mit solchen Angaben „belastigt“ worden. Die SA nahm schon bei der Aufstellung eine drohende Haltung ein, und als die Menge durch die ablehnende und schroffe Haltung der Polizei aufgereizt und immer erregter wurde, ist es dazu gekommen, daß irgendwo aus der Menge, von wem konnte bis heute nicht ermittelt werden, ein Stein geworfen wurde. Darauf aber stürmte sofort die Polizei mit Gummiknüppeln gegen die Menge vor und schlug auf sie ein.

Sie schlug Seite an Seite mit der SA und SS auf die immer erregter werdende Menge ein.

Die SS hatte einen Befehl erhalten, die Koppel abzuschneiden und die Menge anzugreifen. Da erst antwortete die Menge mit einem Steinhagel. Trotzdem aber ließ die Polizei, die viel zu

Bezirksparteitag

der Bezirke Hannover und Braunschweig

Am Sonntag, den 16. Oktober 1932, findet in Peine ein Bezirksparteitag der Bezirke Hannover und Braunschweig statt.

Die Tagesordnung umfaßt:

1. Referat über die politische Situation und die Aufgaben der SAP. Referent: Karl Frank, Berlin.
2. Unsere Wahlarbeit.
3. Organisationsfragen.

Die Tagung beginnt morgens um 9 Uhr. Tagungsort ist der Luisenhof.

Die Bezirksleitungen. Kampfbereit!

schwach war, um die Lage zu meistern, den Umzug zu. Es kam dann zu weiteren Auseinandersetzungen, die auf die gleiche Weise entstanden. Daß die SA bewaffnet war, sah selbst der sozialdemokratische Bürgervorsteher ten Mehr, der gesehen hatte, wie die SA Schlagwerkzeuge in den Händen hatte.

Nachdem sich der Prozeß von Anfang zu Gunsten der Angeklagten gewendet hatte und nichts Greifbares gegen diese ausgesagt wurde, beantragten die beiden Verteidiger zunächst für vier Angeklagte sofortige Haftentlassung, der auch, bis auf einen Fall, der Staatsanwalt nicht widersprechen konnte. Das Gericht beschloß bei drei Angeklagten sofortige Haftentlassung, da kein hinreichender Verdacht mehr bestand, während es bei dem vierten den Antrag auf Haftentlassung vorläufig ablehnte. Es bildete eine kleine Sensation, als bekannt wurde, daß der Hauptbelastungszeuge, der Polizeikommissar Ketzler, nicht vernommen werden könne, weil er sich tags zuvor der Kriminalpolizei gestellt habe, die feststellte, daß Ketzler schwere Unterschlagungen begangen hatte.

Wir werden über den Verlauf der Verhandlung noch berichten.

Der zweite Tag in dem Prozeß gegen die 15 Nordhorer Arbeiter zeigte schon einwandfrei, daß die Anklage völlig zusammenbrechen mußte. Das Blatt hat sich vollständig gewendet. Belastete in der Anklage die Polizei die Angeklagten, so drehte sich das Blatt so stark, daß die Anklage sich immer mehr gegen die Nordhorer Polizei richtete wie es sich aus dem von unzähligen Zeugen und einigen durchweg glaubwürdigen Angeklagten, gegen die selbst der Staatsanwalt Freispruch beantragen mußte, immer deutlicher ergab. Dieser Prozeß zeigte eine sehr merkwürdige und höchst bedenkliche Tatsache. Wie in früheren Prozessen, in denen politische Auseinandersetzungen in Nordhorn den Gegenstand bildeten, so war es auch hier auffällig, daß fast alle Belastungszeugen bei den Vernehmungen durch die Nordhorer Polizeibeamten außerordentlich schweres Belastungsmaterial gegen die Angeklagten herbeibrachten, während dieselben Zeugen in der Hauptverhandlung fast alle mehr oder weniger ihre Aussagen vor der Nordhorer Polizei widerrufen. Und es wurde hier wie in früheren politischen Prozessen immer wieder von Angeklagten und auch von Zeugen in durchaus glaubwürdiger Weise gesagt, daß sie

unter dem Druck der Beamten

standen. Der Angeklagte Biermuth erklärte zum Beispiel, daß er völlig ahnungslos von dem Polizeikommissar Birks mit erhobenem Revolver in einen Garten getrieben worden sei. Auf die Schießerei der Polizei hin habe er sich in die Kartoffeln geworfen. Als Birks ihn aufforderte, zu ihm zu kommen, habe er dieser Aufforderung sofort Folge geleistet. Birks habe ihn dann mitgenommen vor den Zug der SA.

wo dann die SA über ihn herfiel und ihn blutig schlug, ohne daß die Polizei einschritt.

Bei der Vernehmung erklärte Biermuth erregt und unter Weinen, Birks habe ihm mehrmals gedroht, zu gestochen; schließlich habe er ihm zwei Zähne ausgeschlagen. Selbst ein die Angeklagten belastender Zeuge sagte: „Die Polizei schlug zusammen mit der SA auf die Arbeiter ein. Das hat mich empört.“ Endlos marschieren die Entlastungszeugen auf, während zur Belastung der Angeklagten während der ganzen zweitägigen Beweisführung so gut wie nichts herauskommt.

Der Staatsanwalt beantragte selbst bei sechs Angeklagten Freispruch. Einen der Angeklagten wollte er bestrafen wissen, weil er zum Kampf aufgefordert habe, er habe gerufen „Kampf für Freiheit und Brot“. In längeren Ausführungen entschuldigt dann der Staatsanwalt das Verhalten der Polizei, die auch Menschen seien, die die Nerven verlieren könnten. Auch die durch viele Zeugen widerlegten Aussagen der Polizei wolle der Staatsanwalt mit dem schönen Sprichwort „Iren ist menschlich“ zu entschuldigen. Wir wünschen nur, die Herren Staatsanwälte würden immer, und besonders bei den Angeklagten, dieses menschliche Verständnis beweisen. Er meinte, bei der augenblicklichen politischen Hochspannung seien abschreckende Urteile notwendig. Jedoch mildere könne in Betracht, daß die Einwohner der gänzlich vom Stadtzentrum abgelegenen Arbeitersiedlung, deren Bewohner fast durchweg links gerichtet waren, sich durchaus bedroht fühlen mußten, nachdem Tage vorher die Drohungen von Seiten der Nationalsozia-

listen gegen die Arbeiter ausgestoßen seien. Die Arbeiterschaft habe das als eine unerhörte Provokation empfinden müssen.

Das Verhalten der Nordhorer Polizei sei völlig unverantwortlich.

Sie habe angesichts der drohenden Zusammenstöße den Umzug nicht zulassen dürfen, zumindest aber nicht durch die Siedlung. Nachdem die ersten Vorfälle passiert seien, hätte die Polizei sofort den weiteren Umzug verhindern müssen. Sie habe schon vorher gewußt, daß sie völlig machtlos war.

Daß diese ganze Objektivität des Staatsanwalts nur eine Scheinobjektivität war, ist aus der Darlegung ersichtlich, die er den ganzen Vorgängen hinsichtlich der übrigen Angeklagten gab. Der Verteidiger mußte ihn dann auch auf einen fundamentalen Irrtum aufmerksam machen, nachdem eine Zeugen aussage, wie sie der Staatsanwalt zur Begünstigung seines Strafanzuges gebrauchte, überhaupt gar nicht vorhanden war. Beantwortet wurden gegen Müller, Potgeter, Biermuth und Gerritzon je neun Monate, gegen Westphal und ten Kate je vier Monate, und gegen Wiedemann wegen Landfriedensbruchs neun Monate und wegen unbefugten Waffenbesitzes drei Monate, und gegen Jonkmann gleichfalls ein Jahr und drei Monate Gefängnis. Der Verteidiger verlangte für alle bis auf drei Angeklagte Freispruch, da bei vielen der Angeklagten erwiesen sei, daß sie unschuldig sind, während den anderen nichts nachgewiesen werden könne. Für die andern drei Angeklagten forderte der Verteidiger angesichts der berechtigten Notwehr, in der sich die gesamte Arbeiterschaft befunden habe, eine milde Bestrafung für den verbotenen Waffenbesitz usw. Das Verfahren gegen den fünfzehnten Angeklagten war abgetrennt worden, weil noch eine Reihe von Zeugen geladen wurden.

Barbusse darf in Berlin nicht sprechen

Vor einiger Zeit hat das Preussische Innenministerium eine Verfügung an die preussischen Polizeibehörden ergehen lassen, nach der pazifistische Veranstaltungen besonders strengen Regeln unterworfen werden sollen. Daraufhin wurde u. a. eine Versammlung in Düsseldorf mit Schönrich und Lehmann-Russbuedt verboten. Jetzt wollte das Komitee gegen den imperialistischen Krieg, das in Deutschland u. a. Heinrich Mann angehört, in Berlin eine Versammlung veranstalten, in der der französische Dichter Henry Barbusse sprechen sollte. Das Komitee hat zur Antwort bekommen, daß die Versammlung vielleicht stattfinden dürfte, nachdem der Herr Reichskommissar Dr. Bracht darüber entschieden habe; keinesfalls aber würde das Auftreten von Henry Barbusse gestattet werden. Eine Begründung für diesen unerhörten Beschluß wurde, wie jetzt in Deutschland üblich, überhaupt nicht gegeben.

Nazis greifen die Polizei an

Altona, 13. Oktober.

WTB. Im Stadtteil Ottensen kam es gestern abend zu Ruhestörungen. Die einschreitenden Polizeibeamten wurden mit Steinen beworfen. Als aus der Menge ein Schuß fiel, zogen die Beamten gleichfalls die Waffe, worauf die Angriffe eingestellt wurden. Die Ruhestörer waren laut Polizeibericht Nationalsozialisten, größtenteils uniformierte SA-Leute. Die Durchsuchung nach Waffen blieb ergebnislos. Es erfolgten 37 Verhaftungen.



Rote Kinderwelt Till Eulenspiegel in Braunschweig

Am Elm im Braunschweigischen liegt ein kleines Nest, Kneitlingen. Dort soll im 14. Jahrhundert ein äußerst schnurriger Kauz die Welt mit seiner Ankunft beehrt haben. Till Eulenspiegel foppte alle Welt — im besonderen die städtischen Handwerksstände — mit köstlichen, geistvollen Streichen. Der dumme Narr, zischten die Besitzenden, die er an der Nase herumgeführt hatte. Doch Till lachte, er wußte, daß er viel klüger war als alle damaligen Handwerker zusammen, sonst wären sie ihm nicht immer auf den Leim gegangen.

Ich stand eines Abends vor dem Till-Denkmal auf dem Bäckerkloster in Braunschweig und lauschte den Wasserstrudeln der Eulen und Meerkatzen. Da huschte ein Mondstrahl über Tills Gesicht. Er lächelte, ein eigenartliches, verschmitztes, geistreiches, überlegenes Lächeln. Da kicherte plötzlich jemand neben

mir, es war eine Eule. Hihi, staune nur, Menschlein, staune ihn an, unseren Till mit dem Erfinderkopf. Soll ich dir mal einen Streich von ihm erzählen, den er einem Bäckermeister dort drüben — sie richtete ihren Blick nach einer Haubecke — spielte? Also, Till Eulenspiegel glaubte eines Tages, er habe Fähigkeiten zum Bäckerberuf. Ein Bäckermeister nahm ihn als Gesellen. Till hatte bereits zwei Tage gearbeitet, da sagte der Meister zu ihm: Du wirst diese Nacht backen, und zwar allein, ich komme dir gegen Morgen helfen. Was soll ich backen, fragte Till naiv. Dumme Fragel Was backt denn ein Bäcker, Eulen und Meerkatzen?, meinte der Meister. Till lächelte verschmitzt. Er nahm Teig und buk lauter wohlgeformte Eulen und Meerkatzen.

Man kann sich den Schreck des Meisters vorstellen, als er dies am nächsten Morgen sah. Dummer Kerl, rief er wütend. Scher dich fort und sieh, wie du deinen Affenkram wegkommst. Till setzte sich mit den Sachen auf eine Straße und im Handumdrehen hatte er für vieles Geld die Ware verkauft. Da kam der Meister gelaufen und verlangte sein Geld. Till Eulenspiegel aber war bereits auf der Landstraße und sann auf neue Stückchen!

Die Eule schwieg. Ich blickte in Tills Gesicht. Es lächelte. Es war ein eigenartliches Lächeln, ein Lächeln der Befriedigung. Der Mondstrahl huschte weiter. Tills Gesicht wurde dunkel, das Lächeln verschwand. Da erst bekam ich eine Ahnung von der Größe dieses „Schalknarren“. Er, der gedrückte, geknechtete Arbeiter seiner Zeit, rächte die Qual seiner Genossen, indem er ihre Peiniger zum besten hielt. Till ist unser Freund.

Das Lied der Zeitungsjöhren

(Melodie: Aus der 3 Groschen-Oper.)

1. Wenn die reichen Kinder morgens sich noch mal im Bett umdrehen, müssen wir Proletenjöhren Zeitungen austragen gehen.

2. Kinderarbeit ist verboten, steht in der Verfassung drin. Aber wenn wir nichts verdienen, Mensch, wo kämen wir da hin?
Refr.: Wir müssen immer wandern, stets Treppen auf und ab, von einem Haus zum andern, da schwitzte nicht zu knapp. Uns kommt's aufs Geldverdienen, auf der bißchen Arbeit an, weil von Vaters Unterstützung doch kein Mensch mehr leben kann!
3. Mutter trägt den Lokalanzeiger, Olga fragt das Tageblatt. Was da drin steht, ist uns schnuppe, wenn man nur den Lohn weg hat.
4. Aber auch wir Zeitungsjöhren wissen: einmal kommt der Tag, wo die Unterdrückten fliegen, wo gerächt wird jeder Schlag.

Refr.: Dann brauchen wir nicht mehr wandern, dann marschieren wir im Schritt, gegen alle andern mit den Proleten mit! Ja, dann wird geändert, gestaltet neu die Welt! Daß alle Menschen leben, die Tyrannei zerfällt!

Beweise für die Notwendigkeit einzelner Berufe

Gerber: Gäbe es keine Gerber, so bräuchten sich die Ochsen nicht das Fell über die Ohren ziehen zu lassen. Die Ochsen müssen sich aber das Fell über die Ohren ziehen lassen, ergo — muß es auch Gerber geben.

Lackierer: Gäbe es keine Lackierer, so könnte auch nichts lackiert werden. Könnte nichts lackiert werden, so hätten auch manche Gegenstände keinen äußeren Glanz. Wenn der äußere Glanz nicht wäre, so sähe man die innere Erbärmlichkeit. Wenn man diese sieht, so macht auch niemand krumme

Rücken. Krumme Rücken sollen aber gemacht werden, ergo — muß es auch Lackierer geben.

Handschuhmacher: Gäbe es keine Handschuhmacher, so hätten wir alle raue Hände. Hätten wir alle raue Hände, so hätten wir auch grobe Fäuste. Hätten wir grobe Fäuste, so würden wir unangenehm. Unangenehm sollen wir aber nicht werden, ergo — muß es auch Handschuhmacher geben.

Hundert Kinder

In unserm Haus, um den Hof herum, wohnen hundert Kinder, Dideldideldum.

Oben stößt an den Himmel an, unten knabbern die Ratten dran.

Wenn wir losgehn, au, das macht einen Krach! Da fliegen vor Schreck alle Spatzen aufs Dach.

Und Katz' und Hund und der Schupo rückt aus.

Wir hundert Kinder aus einem Haus!

Wir sind alle Arbeiterkinder

Wir sind stolz darauf! Wir stehen aber nicht allein, wir marschieren in langen Reihen, verbunden in unserer Organisation, Rote Falken, die jüngsten, im Arbeiterbataillon! Ja, darüber wollen wir in der nächsten Nummer etwas berichten. Ihre Aufgaben, ihre Gebote, und was sonst noch dazu gehört. Aber auch ihr bekommt etwas zu tun. Lieberall, wo es Rote Falken, oder Gruppen des Roten Jungvolk gibt, müssen sie uns bis Montag, den 24. Oktober, etwas aus ihrer Arbeit berichten.

Eure Heffersgenossen unterrichtet von diesem Bericht. Wo noch keine Falkengruppen sind, gründet welche! Wendet euch um Hilfe an uns. Auch die Parteigenossen werden euch behilflich sein. Die Berichte über eure Arbeit sind sehr wichtig.

Freundschaft!

Rote Kinderwelt, Breslau, Kleine Holzstraße 3.

An die Jungen

Von Paul Frölich.

Die proletarische Jugendbewegung hat eine stolze Vergangenheit. Als die Sozialdemokratie vor dem Klassenfeind die Flagge strich und in Blut und Brand des Weltkrieges hineintaumelte, da pflanzte die Jugend kühn und entschlossen das rote Banner der Revolution auf. Sie war der stärkste Trupp, der Karl Liebknecht folgte. Sie entschied sich zuerst bestimmt und klar: gegen Krieg und Verrat, für den Klassenkrieg. Der erste große Streik im Kriege, er wurde von der Braunschweiger Jugend mit Kraft und Hartnäckigkeit zum Siege geführt. Der General mit seiner Macht kapituliert vor den Jungen; er zog die Notverordnung ein, die die Jugend fesseln sollte. Aber die Jugend verstand auch Opfer zu bringen. Sie trug die Lasten der illegalen Arbeit, sie trug die Verfolgungen und ging hochgemut in den Kerker. Und als die Saat aufging, die in vier schweren Jahren gesät worden war, als die ersten Revolutionskämpfe ausgefochten wurden, da gingen die Besten freudig und stolz in den Tod. Nie werden die Freunde, nie ein Karl Peters von Hamburg, ein Werner Möller von der „Vorwärts“-Besatzung und die vielen anderen vergessen werden!

Warum hatten die Jungen die Kraft, als die Alten versagten? Noch keine Generation hat

„Die Gesetze, die Moral, die Religion sind für den Proletarier ebenso viele bürgerliche Vorurteile, hinter denen sich ebenso viele bürgerliche Interessen verstecken.“

(Kommunist. Manifest)

ungestraft eine lange Zeit durchlebt, wo der Strom träge dahinfließt. Jahrzehnt um Jahrzehnt bloße Agitation, Wahlen und parlamentarische Manöver, sichere Kassen und ständige, kaum unterbrochene Erfolge, die das Selbstgefühl heben und die Wachsamkeit und Kritik einullen, Einschläfernder Trost und Routine, die das Mark auszehren und das Blut verwässern. Als August Bebel starb, da blickte er auf eine reiche Lebensernte, groß und stark und unerschütterlich stand die Partei da, die er gezimmert, und irgendwo am Horizont dümmerte eine Zukunft herauf, unbestimmt in ihren Umrissen, aber purpurfarben. Und ein Jahr später erwies sich der rote Schimmer als das Mündungsf Feuer der Geschütze, und die große, starke Partei verkaufte ihre matte Seele. Als es für die Freiheit kämpfte hieß, nahm sie die Waffe und kämpfte als Knecht für den Unterdrücker. Nach Jahrzehnten Windstille ward sie vom ersten Sturm gebrochen.

Die Jugend aber war frisch und elastisch und sie fühlte ihre Kräfte wachsen im Sturm. Ihr Rücken war noch nicht gebeugt und der Blick sah frei über den engen Kreis des politischen Werkeltags hinaus. Die feige „Verantwortung“, die ängstlich vor jeder Entscheidung, vor jeder Erfüllung heischenden Aufgabe zurückweicht, hatte sich bei ihr noch nicht eingenistet. Sie konnte nicht schachern mit Ideen. Das Prinzip war ihr keine Nippfigur im Glasschrank, die man mit spitzen Händen befühlt und nicht gebraucht und nicht verwirklicht. Die Gefahr lockte und das Ziel, Und Lebenselement war ihr die Tat. Wo Kampfeslust und das große Beispiel entscheidend war, da mußte die Jugend an der Spitze marschieren.

So wollen wir die Jugend sehen: begeistert, aktiv, kampfbereit. Ihren unbefangenen Blick soll sie sich wahren, ihren gesunden Widerwillen gegen krumme Wege und faule Kompromisse. Und den Trotz soll sie sich erhalten gegen die Alten, wenn sie sie beugen wollen. Doch auch das darf die Jugend nicht vergessen, daß zu ihr eine Schwäche und ein Mangel gehört. Zu leicht läßt sie sich von der „revolutionären“ Phrase gefangen nehmen. Sie muß prüfen, ob hinter dem Wort die Sicherheit der Überzeugung und der Wille steht. Und das andere: zura Kämpfen gehört nicht nur Draufgänger-tum und Wagemut. Kampfführung ist eine Kunst, die nur durch Erfahrung gemeistert wird. Erfahrung bringt keiner mit, er muß sie sammeln. Und deshalb ziemt der kämpfenden Jugend keine Leichtfertigkeit. Sie muß erfüllt sein von dem festen Willen, durch Fleiß sich die Erfahrungen früherer Kämpfe zu eigen zu machen. Es ist ein Unterschied zwischen Feigheit und Umsicht. Drum heißt es, die Gedanken in den Zügeln halten. Doch nichts hinnehmen, weil es von „oben“ kommt, sondern hartnäckig Aufklärung und Rechenschaft fordern über jedes Wort, das die Alten sagen und über alles, was sie tun. Und wenn ihr sicher seid, ihr Jungen, die richtige Erkenntnis gewonnen zu haben, dann rücksichtslos dafür eingetreten, und wenn es not tut: zugeschlagen! Es ist eine Freude, wenn der Puder aus alten Perücken stäubt.

Eins vor allem soll bestehen. Als Ferdinand Lassalle einst vor den Richtern als Verteidiger einer verfolgten Frau stand und als man nach egoistischen Gründen für sein Handeln suchte, da rief er seinen Richtern zu: Sie sehen nicht meine Jugend und Sie vergessen, daß das Erbteil der Jugend die Begeisterung, die Opferfreudigkeit und der Wille zur Tat immerdar gewesen ist und bleiben wird!

Dieses Erbe liegt in den Händen unseres Sozialistischen Jugendverbandes.

25 Jahre Jugendinternationale

Von Peter Brand

Viel später als die erwachsene Arbeiterschaft, hat die Arbeiterjugend jenen Mahnruf des kommunistischen Manifestes: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ verwirklicht. Zwar bestanden schon seit Ende der achtziger Jahre revolutionäre Jugendorganisationen (1886 die jungen Garden in Belgien, 1890 Jugendvereine in Osterreich, 1895 in Schweden, 1896 in Holland usw.), doch beginnt der eigentliche Aufschwung der Jugendbewegung erst an der Schwelle unseres Jahrhunderts.

Mit der Blüte des Imperialismus, mit der machtvollen Entfaltung des Kapitalismus wächst die Ausbeutung der jungen und jüngsten Lohnsklaven. In ihrer wahninnigen Jagd nach Profit ziehen die Unternehmer immer mehr Jugendliche in ihre Betriebe, erhöhen sie immer mehr deren Ausbeutung. Dieses, die Militarisierung der Jugend und ihre politische Knebelung, das sind die Gründe für die Aufwärtsentwicklung der proletarischen Jugendbewegung von 1902 an. Einen starken Antrieb erhielt sie gleichzeitig durch das mächtige Wachsen der internationalen Arbeiterbewegung, die damals in der II. Internationale verkörpert war. Die Entwicklung der sozialistischen Jugendorganisationen wird aber schon damals gekennzeichnet durch ihre Opposition gegen die sich immer mehr breit machende opportunistische Verseuchung der Arbeiterparteien, besonders aber der Gewerkschaften. Ursache dieser radikaleren Einstellung war vor allem die unerhörte scharfe Ausbeutung der Jugend und ihre Erfahrungen im antimilitaristischen Kampfe. Die Jugend fand in diesem Kampfe in Karl Liebknecht einen glühenden und konsequenten Führer.

Er war es auch, der im Anschluß an den Kongreß der II. Internationale in Stuttgart 1907 eine Konferenz der internationalen Jugend veranstaltete. Das war die historische Gründungsversammlung der internationalen revolutionären Jugend.

der erste Kongreß der sozialistischen Jugendinternationale

An diesem Kongreß nahmen 19 Delegierte, die 13 Verbände vertraten, teil. Das organisatorische Ergebnis war die Gründung der

Internationalen Vereinigung sozialistischer Jugendorganisationen.

In die Leitung, die nach Wien verlegt wurde, kamen 5 Genossen, darunter Henrik de Man, Henriette Roland-Holst und Karl Liebknecht. Trotz der Schaffung dieses Büros war der Zusammenhang der Jugendinternationale nur lose. Er beschränkte sich fast nur auf den Austausch organisatorischer Erfahrungen. Die große Bedeutung der Stuttgarter Tagung lag jedoch auf politischem Gebiet. Zum ersten Male wurden

die drei Grundprobleme der sozialistischen Jugendarbeit

erörtert:

1. Der Kampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung.
2. Die sozialistische Erziehung.
3. Der antimilitaristische Kampf.

Zum ersten Punkt sprach Julius Alpini, der seine Ausführungen in einer vom Kongreß angenommenen Resolution zusammenfaßte. In dieser Resolution werden fast alle Forderungen aufgezählt, die auch heute noch den Inhalt des Kampfes der proletarischen Jugend ausmachen. Zu Punkt 2 sprach Roland-Holst; in ihren Thesen wurde der Grundsatz der Verbindung von Erziehung und Kampf (und umgekehrt) aufgestellt. Dieser wichtige Grundsatz ist von jenen, die die Erben der I. Jugendinternationale sein

wollen, besonders vergessen worden. Zur Frage des Antimilitarismus nahm in glänzender Weise Karl Liebknecht Stellung. Scharf grenzte sich Liebknecht ab von der opportunistischen Vaterlandsverteidigung und ebenso scharf von der anarchistisch-pazifistischen „Dienstverweigerung“. Er verlangte den bewußten Kampf gegen jede Form des Militarismus und die Anwendung der schärfsten Mittel im Falle eines Kriegsausbruches. Für diese Rede, die er später als Broschüre veröffentlichte, mußte Karl Liebknecht anderthalb Jahre auf Festung.

Das Ergebnis dieser Konferenz war die organisatorische Erfassung der verschiedenen sozialistischen Jugendverbände, vor allem aber die Herausarbeitung eines klaren Aktionsprogramms der internationalen Arbeiterjugend. Daß dieses Programm in der Zeit bis zum Kriege nur sehr mangelhaft in die Praxis umgesetzt wurde, dafür traf die Veranstalter die geringste Schuld.

Die Jugend im Kampfe gegen den Reformismus

Sofort nach der Konferenz begann der Kampf der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführung gegen die revolutionäre Jugend. Besonders in Deutschland nahm dieser Kampf scharfe Formen an. Die Bürokratie wurde hier unterstützt vom bürgerlichen Staatsapparat, der erschrocken über den raschen Vormarsch der Jugendverbände im Jahre 1908 durch das neue Vereinsgesetz über die Jugend ein neues Sozialistengesetz verhängte. Unter Einfluß der reformistischen Bürokratie nahm die Führung der Jugendverbände den Kampf nicht auf. Der Hamburger Gewerkschaftskongreß 1908 beschloß, die Auflösung der Jugendorganisationen in die Gewerkschaften zu fordern. Der Parteitag der SPD in Nürnberg 1908 schloß sich dieser Forderung an und schlug vor, daß Jugendkommissionen, paritätisch aus Vertretern der Gewerkschaften, der Partei und der Jugend (diese als ein Drittel) gebildet werden sollten. Ferner wurde eine Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands geschaffen, an deren Spitze Fritz Ebert stand. Die deutschen Jugendorganisationen kapitulierten nach einigem Kampf vor diesem Angriff und damit begann eine weniger ruhmreiche Periode der deutschen proletarischen Jugendbewegung. Aus dem Kampf für wirtschaftliche Forderungen wurden Schutzkommissionen der Gewerkschaften, aus der sozialistischen Erziehungsarbeit wurde bürgerliche Bildungstätigkeit, der antimilitaristische Kampf wurde fast völlig eingestellt. Nur wenige Orte hielten ihre alte Tradition aufrecht und wurden dann im Kriege die Zentren der revolutionären Arbeit. Allerdings ergriff in den letzten Jahren vor dem Kriege eine immer stärkere Opposition innerhalb der Jugend Platz. Die Internationale selbst wurde durch dauernde Angriffe der Reformisten gelähmt. Ihre Arbeit erlahmte immer mehr, besonders als ihre Leitung dem Oesterreicher Danneberg übergeben wurde.

Die Jugendinternationale und der Krieg

In der ersten Kriegszeit ergriff der nationalistische Taumel auch breite Kreise der sozialistischen Jugend, aber schon sehr früh fanden sich die ersten konsequenten Kriegsgegner in fast allen Ländern zusammen und begannen einen aufreibenden Kleinkampf gegen den Krieg, gegen den Militarismus und gegen den Sozialpatriotismus.

In Deutschland nahmen die Jugendlichen in immer größerer Zahl an Streiks und Demonstrationen teil. Die offiziellen Instanzen allerdings schwenkten fast sämtlich in die Front der Kriegstreiber ein. Entsprechend der schnellen Sammlung revolutionärer Kaders in den verschiedenen Ländern fand sich aber

auch die Jugendinternationale schneller zusammen als die revolutionären Teile der II. Internationale. Schon Ostern 1915 wurde in Bern eine Konferenz abgehalten, die von 16 Delegierten aus 10 Ländern besetzt war. Es wurden Resolutionen angenommen, die die allgemeine Abrüstung verlangten, die Veranstaltung eines internationalen Jugendtages vorschlugen und den Kampf gegen den Krieg, den Militarismus und die Sozialpatrioten aufzunehmen versprachen. Es wurde ein internationales Büro mit Willi Münzenberg an der Spitze gegründet, das auch sehr bald einen energischen Kampf um den internationalen Zusammenschluß aller revolutionären Jugendlichen aufnahm. Es gab während des Krieges 11 Nummern der „Jugendinternationale“ heraus und unterstützte das bolschewistische Zentrum um Lenin in dessen Kampf um die Bildung der neuen, der III. Internationale. In Deutschland fand zu Ostern 1916 in Jena eine Konferenz der revolutionären Jugend statt, die von Karl Liebknecht geleitet wurde. Die gebildeten Jugendzirkel unterstützten überall den Spartakusbund in seinem Kampf gegen den Krieg. Im Oktober 1918 wurde dann die „Freie sozialistische Jugend“ gegründet. Unter Einfluß der russischen Revolution und der Kämpfe nach Friedensschluß entwickelte sich in einer Reihe von Ländern eine breite revolutionäre Jugendbewegung. Schon im November 1919 fand dann die Vereinigung der meisten dieser revolutionären Organisationen zu kommunistischen Jugendinternationale statt (Berlin). Damit beginnt eine neue Epoche der Jugendinternationale. Eine Epoche, die ruhmreich begann, die aber bis heute nichts von dem gehalten hat, was sie anfangs versprach. Auf der Gründungskonferenz wurden vier wesentliche Punkte der Jugendarbeit formuliert. Es waren die Fragen des wirtschaftlichen Kampfes, des Antimilitarismus, der revolutionären Erziehung und der aktiven Teilnahme an revolutionären Kämpfen.

Erben und Erbschleicher

Seitdem sind 13 Jahre vergangen, die offizielle Erbin der Jugendinternationale, die KJL, hat sich unfähig erwiesen, die revolutionären Traditionen, das reiche Erbe der Jugendinternationale und ihres geistigen Führers Karl Liebknecht anzutreten. In keiner der drei Grundfragen revolutionärer Jugendarbeit vermag sie ihre Rolle zu erfüllen. Im wirtschaftlichen Kampf spaltet sie die Gewerkschaften mit ihrer RGO-Jugend und jagt die Lehrlinge in aussichtslose Streikämpfe, an die Stelle einer wirklichen sozialistischen Erziehungsarbeit ist die Phrase getreten, das Lernen und vorbehaltlose Befolgen von Losungen und Thesen. Im Kampf gegen Faschismus und Arbeitsdienst (der heute anstelle des antimilitaristischen Kampfes getreten ist), verneigt sie die einzigen Formen, die die Jugend zum Sieg führen können, nämlich Bildung antifaschistischer Kartelle, überparteilicher Ausschüsse gegen Arbeitsdienst und alle anderen Formen der wirklichen revolutionären Einheitsfront. Dieses restlose Versagen auf allen Gebieten macht sie unfähig, den Kampf der Jungarbeiter zu führen. Auf der anderen Seite ist aber auch die 1921 gegründete reformistische „Arbeiterjugendinternationale“ nicht berufen, sich als Erbin der alten Internationale aufzuspielen. Ihre restlose Zugehörigkeit zur II. Internationale, ihre Befolgung reformistischer Staatspolitik, ihre Ablehnung des revolutionären antimilitaristischen Kampfes und nicht zuletzt die Anerkennung des freiwilligen Arbeitsdienstes durch ihre stärkste Organisation (Deutschland) stemmt sie zu einem Werkzeug in der Hand des internationalen Kapitalismus.

Der Sozialistische Jugendverband

In Deutschland ist es der SJV, der die ruhmreiche Tradition der Vorkriegs- und Kriegsjahre aufzunehmen gewillt ist. Er stellt sich zur Aufgabe, durch einen konsequenten, zähen Kampf für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterjugend einzutreten, und durch gewerkschaftliche Kleinarbeit die Herausbildung einer mächtigen Gewerkschaftsopposition zu unterstützen.

Auf dem Gebiete einer wirklich sozialistischen Erziehungsarbeit hat er eine große Schulungstätigkeit entfaltet und bedeutendes erreicht. Er ist zu einer Schule des Kommunismus im wirklichen Sinne des Wortes geworden und wird ungeachtet aller Anfeindungen diesen Weg weiter gehen.

Durch sein unermüdliches Eintreten für eine revolutionäre Einheitsfronttaktik im Sinne Lenins hat er sich ein großes Verdienst im Kampfe gegen Faschismus und Arbeitsdienst erworben. Wenn heute noch die großen Jugendorganisationen den einheitlichen Kampf hemmen, so wird doch der Tag kommen, da die Saat aufgehen und der Sozialistische Jugend-Verband die Massen der Arbeiterjugend in den Kampf gegen Faschismus und kapitalistisches System führen wird.

In diesem Sinne ist der SJV der wahre Erbe der revolutionären Traditionen von 1907, von 1914-19 und des unsterblichen Führers der internationalen Arbeiterjugend: Karl Liebknecht

„Jugendertüchtigung“ und katholische Jugend

Der katholische Jungmännerverband Erzdiözese Köln nahm in einer Entschliefung zum Erlaß des Reichskuratoriums über die Gründung eines Reichskuratoriums für körperliche Ertüchtigung Stellung. Wir zitieren aus dieser Entschliefung die nachfolgenden beachtlichen Stellen:

„Demgegenüber scheinen uns die angekündigten Maßnahmen den Richtlinien der im August 1914 gebildeten „Jugendwehren zur militärischen Vorbereitung“ verdächtig ähnlich. Wenngleich die Heranziehung aller Organisationen im Erlaß angekündigt und die Freiheit der bestehenden Jugendverbände versichert wird, so sehen wir doch in der Tendenz des Erlasses und in der Unterstellung des Reichskuratoriums unter das Kommando eines Generals und nicht eines in der Erziehung der Volkjugend bewährten Führers einen deutlichen Fingerzeig, wohin die neue Verordnungsstellung verabschie-

deter Offiziere verstärkt diesen Eindruck.“

In der Entschliefung wird weiter jede militärische Schulung abgelehnt, denn, so heißt es:

„Im Wesen des Wehrdienstes und noch mehr der Wehrpflicht liegt keimhaft die Erziehung zum Kriege, insofern, als das Kriegsspiel und die immer wiederholte Felddienstübung mit psychologischer Konsequenz den jungen Menschen zum Ernstmachen und zur wirklichen Anwendung der mühsam erlangenen Fertigkeiten drängt.“

Die Stellungnahme der katholischen Jungmänner unterscheidet sich vortellhaft von der der sozialdemokratischen Jugendführer. Es wird in dieser Entschliefung ganz richtig zum Ausdruck gebracht, daß die Bildung des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung nichts anderes bedeutet, als die Einführung der Wehrpflicht auf Schleichers Wegen.

Lerne, Jungprolet!

Mit revolutionärer Theorie revolutionäre Praxis!

Von Kurt Liebermann, Dresden

Die gesellschaftsverändernde Kraft proletarischer Massenbewegung, die heroischen Leistungen Einzelner, alles revolutionäre Geschickliche erwecken Achtung und Bewunderung der jungen Generation der Arbeiterklasse. Sie empfindet schmerzhaft den Gegensatz zwischen ihrem Fortschritt und den Schwierigkeiten, die sich aus einer handlungsunfähigen Arbeiterbewegung ergeben. Dem jungen Proleten, der unter Lohndruck und Arbeitslosigkeit leidet, der in dem faschistischen Staat seinen offenen Gegner erlebt, erwachsen aus der revolutionären Vergangenheit und den Nöten der Gegenwart neue revolutionäre Aufgaben. Und wenn er an deren Lösung denkt, steigen vor ihm auf die großen Führer, erinnert er sich eines Marx und Engels, werden Liebknecht und Lenin sein Vorbild.

Die jungen Arbeiter, die jenen Großen nachzueifern möchten, sehen oft nur die begrenzten Leistungen, sie sehen oft nicht, daß auch denen — ehe sie zum Handeln kamen — Jahre des Wartens nicht erspart blieben.

Noch nie ist errechnet worden, wieviel Jahre revolutionäre Proleten hinter Kerkermauern oder in der Verbannung verbrachten.

Was aber befähigte sie, aus Niederlagen und Siegen die richtigen Schlüsse zu ziehen, woher nahmen sie die Kraft, auch in schwersten Situationen auszuharren?

Nun, sie hatten sich die Kenntnis der Bewegungsgesetze der Gesellschaft angeeignet, sie kannten die Struktur der Gesellschaft überhaupt, und so konnten sie die gesellschaftsverändernden Kräfte zu jeder Zeit richtig einschätzen. Die Jahre des Gefängnisses, der Verbannung, waren nicht Jahre stumpfen Mühsigens, so qualvoll sie oft auch sein mochten, das waren für jeden Einzelnen Zeiten stärkster geistiger Aktivität. In ihren

Hirnen und Herzen lebte der Glaube an den Sieg der Sache der Arbeiterklasse, sie wählten aber zugleich der Klassenkampf läßt sich nur führen bei genauer Kenntnis der Funktion der Klassen, des Staates, der politischen Machtverhältnisse überhaupt.

Der geniale Entwurf einer Gesellschaftslehre, den uns Marx und Engels überlieferten, um deren Vervollendung sich Rosa Luxemburg, Lenin und andere erfolgreich bemühten, wurde die entscheidende Voraussetzung für erfolgreichen Klassenkampf.

Lerne, Jungprolet!

Hast du Interesse für politische Fragen, dann lerne, versuche die Rolle des Staates und seiner Organe zu erkennen. Der Marxismus gibt dir Antwort, der Marxismus ist die Staatstheorie.

Hast du dich mit Fragen der Wirtschaft schon beschäftigt? Dann lerne, das Lebenswerk von Karl Marx heißt: „Das Kapital“. Er erkannte die Kräfte der Wirtschaft als die motorischen Kräfte der ganzen Gesellschaft. Auch hier eine Antwort, der Marxismus ist die Wirtschaftslehre.

Was du auch zum Gegenstand deiner Betrachtungen machen willst, kulturelle oder künstlerische Fragen, es gibt keinen anderen Schlüssel, der dir als jungen Arbeiter die Pforten der Erkenntnis öffnen könnte, als die von Marx entwickelte Lehre.

Du schreckst vielleicht zurück, dir scheint die Aufgabe unlösbar? Aber willst du als Revolutionär in die Geschichte eingreifen, so bedarf es der Voraussetzungen revolutionärer Theorie. Das ist ja keine Bücherweisheit, das ist lebendige Wirklichkeit, nicht erdacht, sondern beobachtet, nicht erfunden, sondern erlebt!

Wie das Fehlen revolutionärer Theorie revolutionäre Praxis zum Verhängnis werden kann, zeigen in der Gegenwart deutlich die reformistischen Massenbewegungen.

Als revolutionäre Theoretiker bereits die Linie des proletarischen Klassenkampfes skizzierten als eine Kette sich ständig steigender revolutionärer Aktionen, da schwebte der Reformismus in der Hoffnung an schrittweises Hineinwachsen in den Sozialismus.

Während revolutionäre Theorie in Russland zu revolutionärer Praxis umgeformt wurde, mühte sich der Reformismus in Konfrontation den Klassengegner zu überlisten, so er vermittelte gerade in Zeiten kapitalistischen Niederganges die zu erwartende kapitalistische Katastrophe klar aufzuzeigen, hoffte vielmehr jahrelang auf Wiederbelebung der kapitalistischen Wirtschaft.

Reformistische Theorie erweist sich immer mehr als konterrevolutionärer Faktor.

Nur revolutionäre Schulungsarbeit vermag eine neue Voraussetzung für den entscheidenden Angriff der Arbeiterklasse zu schaffen. Das ist keine private Angelegenheit, wenn auch niemand die eigene Tätigkeit ersetzen kann, Schulung ist die Aufgabe für die ganze Arbeiterklasse, besonders für den Nachwuchs.

Der Sozialistische Jugendverband ist der Mittelpunkt solcher Arbeit. Er hat kein Interesse an reformistischer Schönmalerei, seine Aufgabe ist die Aufgabe der ganzen Klasse: revolutionäre Aktivierung. Er wird dem Einzelnen helfen, daß tote Begriffe Leben bekommen, daß das Chaos der Gegenwart nicht als Weltuntergang, sondern nur als Untergang des Kapitalismus gewertet wird.

Der SJV ist aber nicht nur eine Schulungsorganisation. In seiner Arbeit wird revolutionäre Erkenntnis in die Tat umgesetzt, wird aus revolutionärer Theorie revolutionäre Praxis.

teilweise nur sehr mangelhaft erkannte; alle die rebellierenden Kräfte in der Jugend zu sammeln.

Betrachten wir aber einmal die zwei bisher ausschlaggebenden proletarischen Jugendorganisationen, ihre Tätigkeit und das, was sie erreicht haben, so sehen wir zunächst bei der SAJ, daß sie gerade in der Jetztzeit ihr Versagen gegenüber ihren Aufgaben bewies. Was tat sie gegen Arbeitsdienstpflicht? Zunächst verhielt sie sich passiv und dann unterstützt und bejagt sie ihn. Was tat sie gegen die Militarisation des Denkens und Handelns? Mit den Illusionen von dem blauen „Nie wieder Krieg“-Geschrei, von der demokratischen Republik bereitet sie bewußt vor, daß die chliche pazifistische Ueberzeugung in dieser Jugend überwiegen wird — durch die Illusion der Verteidigung der nicht vorhandenen demokratischen Republik.

Und der KJV, was tat der? Er kämpfte wirklich gegen die Arbeitsdienstpflicht; es könnte ihm möglich sein, die irreführte Jugend im faschistischen Lager aufzufangen, diese zu belehren, über ihren falschen Weg. Daß er das aber auch nicht konnte, lag daran, daß der KJV die ganze nationalsozialistische Propaganda der KPD mit übernommen hat; mit nationalistischen Parolen kann man die große Schaar proletarischer und proletarischer Jugend vom Faschismus nicht loslösen. Die sagen sich dann, da bleiben wir schon lieber da, hier ist unser Verrecht über die andere Sicherheit, wenn ihr schon das gleiche wollt, dann kommt doch lieber gleich zu uns.

So ergibt sich nun aus all dem eine klare Abgrenzung gegenüber SAJ und KJV — die wider das zu Voraussetzung hat, von dem wir ausgegangen sind: Reform und Klärung des Bewußtseins; Selbstkritik, Selbsterziehung zu unseren Aufgaben. Die revolutionäre Jugend kann sich nur selbst zu ihren Aufgaben und deren Erfüllung erziehen, Erziehung zum Klassenbewußtsein, zu Revolution ist in jedem Falle Selbsterziehung der Klasse. Daß dazu allein der SJV als die Seele der SAP (nicht nur ein ausführendes Organ) berufen ist, davon sind wir überzeugt.

Unserer Bewegung stehen zwei große Aufgaben bevor: Erfüllung unserer Verpflichtung gegenüber SAJ und KJV und Revolutionierung der Massen der Jugend. Sie wird sie erfüllen und sich damit vor der Geschichte verantworten können, daß sie der vorwärtstreibende Keil in der gesellschaftlichen Umwandlung vom Kapitalismus zum Kommunismus war, daß sie ihre Aufgabe in der revolutionären Epoche, die dazwischen liegt, erfüllte, daß sie Pionier war der revolutionären Diktatur des Proletariats.

Rütteln wir weiter die Massen auf, schaffen wir zu den objektiven Voraussetzungen die subjektiven; die Zeit wird nicht mehr allzuweit sein, in der die „Theorie zur Gewalt wird, weil sie die Massen ergriff“. Ansatzpunkte zur Revolutionierung sind in der Auflockerung der Gesellschaft gegeben, sind gegeben in der Revolte der Jugend!

Roter Pionier

Aus dem Schrifttum, das der Sozialistische Jugendverband in diesem ersten Jahre seiner Tätigkeit herausgegeben hat, verdient die Monatsschrift „Roter Pionier“, die unsere Dresdner Genossen herausgeben, besondere Beachtung im ganzen Reich. Es handelt sich hier nicht etwa um eine nur örtlich interessierende Zeitschrift, sondern um ein Blatt, das es verstanden hat, von Heft zu Heft in immer glücklicherer Form grundsätzliche Fragen der Arbeiterbewegung zur Erörterung zu stellen. Seit einiger Zeit wird jedes Heft einem besonderen Thema gewidmet, so daß es inhaltlich in sich abgeschlossen ist und einen dauernden wertvollen Besitz für den Leser darstellt.

Soeben ist das Oktoberheft herausgekommen, das dem Gedanken an die russische Revolution gewidmet ist. In ausgezeichneter Zusammenstellung ist hier ein reiches Material über die Vorgeschichte, die Entwicklung und die Bedeutung der russischen Revolution zusammengetragen. Den zweiten Teil des Heftes bilden eine Reihe ebenso wertvoller Beiträge zum Roten Oktober-Appell des SJV, zum Thema „proletarische Aktion“ und über den Parteitag der holländischen Unabhängigen Arbeiter-Partei. Buchbesprechungen und eine ausgezeichnete Zusammenstellung der wichtigsten Literatur zur russischen Revolution ergänzen das Heft.

Neben diesen monatlich erscheinenden Heften geben die Dresdner Genossen Sonderhefte in Broschürenform heraus, von denen das erste gegen die Arbeitsdienstpflicht gerichtet war und eine sehr starke Verbreitung im ganzen Reich fand. Die zweite Broschüre ist unter dem Titel „Weltkrieg droht“ vor kurzem erschienen. Auch sie verdient Massenverbreitung!

Die nächsten Hefte des Roten Pionier versprechen ebenfalls sehr interessant zu werden. Das Novemberheft behandelt das Thema „Deutsche Revolution“, das Dezemberheft „proletarische Jugendarbeit, Jüngerarbeit“, das Januarheft „1932 im Spiegel marxistischer Kritik“, und das Februarheft wird dem Thema „Gewerkschaften“ gewidmet sein.

Die Zeitschrift ist vorbildlich gedruckt und außergewöhnlich billig; die Einzelnummer (meist 20 Seiten) kostet 10 Pf., das Vierteljahresabonnement 25 Pf. Bestellungen sind an den Sozialistischen Jugendverband Ostschlesien, Dresden A. 1, Jacobsstraße 5, zu richten. Die Verbreitung des Roten Pionier ist die beste Werbearbeit für den SJV und das beste Mittel zur Vertiefung der Bildungsarbeit in unseren Reihen. W. F.

Die nationalistische SAJ

Von Alfred Lantzech

Seitdem die Opposition in der SAJ den organisatorischen Trennungsstrich zog und zur Gründung des Sozialistischen Jugendverbandes schritt, treibt die SAJ mit D-Zugsgeschwindigkeit in den Reformismus und in das nationalistische Fahrwasser hinein, nirgends mehr auch nur auf den geringsten Widerstand stoßend. Die heute noch in der SAJ stehenden „Linken“ (siehe Groß, Chemnitz, und Werner Zorn, Leipzig) vertreten offen die Politik ihres Hauptvorstandes und sind heilsforh, wenn sie in Heilmanns „Freiem Wort“ einen Artikel loswerden oder im Rundfunk über „Aufgaben der jungen Generation“ sprechen können. Und welche gelehrige Schüler der Reformismus bereits gefunden hat, zeigt die Presse der SAJ selbst. Da liest man Artikel, die vor der Spaltung eine offene Rebellion hervorgerufen hätten oder zumindest einer vernichtenden Kritik unterzogen worden wären, heute aber findet man sie als Leitartikel in der SAJ-Presse. Im „Jugendruf“ Nr. 9, Mitteilungsblatt der SAJ Ostschlesien, kann man folgenden Erguß „marxistischer Denkwiese“ in einem Artikel von Wolfgang Gabriel lesen:

„Wer bezahlt und wird weiter die ungeheuren Schulden, die der Weltkrieg verursacht hat, bezahlen müssen? Wir haben uns in Ketten legen müssen, damit andere herrlich und in Freuden draußen im Ausland leben können.“

Klingt das nicht wie „Völkischer Beobachter“ und „Freiheitskampf“? Treibt nicht gerade mit diesen Sätzen, „damit andere draußen im Ausland herrlich und in Freuden leben können“, die nationalsozialistische Bewegung ihre Propaganda gegen das „Diktat von Versailles“, nährt sie nicht mit solchen Sätzen den Revanchegedanken der deutschen Nationalisten?

Zu dieser nationalistischen Denkwiese müssen die SAJ-Genossen selbstverständlich kommen, wenn ihnen als „marxistische Lektüre“ eine Broschüre geboten wird (Jugend, erwachet von Johannes Müller, erschienen im Dietz-Verlag, Berlin), die den Beweis dafür erbringen will, daß die Sozialdemokratie viel nationaler als die Nazis sei. Eindeutig wird in dieser Broschüre zum Ausdruck gebracht, daß die SPD seit 1914 nichts zu bereuen habe, sondern so habe handeln müssen, weil sie „national und mit dem Volke gefühlt habe“, und es sei deshalb eine Schande, wenn man heute der SPD Landesverrat vorwerfe. Wörtlich heißt es in dieser Broschüre:

„Jugend, erwachet! Es ist nicht wahr, daß die deutsche Sozialdemokratie während des Krieges das deutsche Volk im Stich gelassen hat. Die Legende vom Dolchstoß ist tausendmal zerstört worden.“

Jugend, erwachet! Das „Novemberverschöben“, von dem die Nationalsozialisten reden, ist von der Sozialdemokratie nie und nimmer begangen worden.“

Während des Krieges und danach bestätigte sich immer wieder das Wort des Arbeiterdichters Kari Brüger, das der Reichskanzler Bethmann-Hollweg mitten im Kriege im Reichstage zitierte: „Herrlich wurde es offenbar, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester war.“

Das sagte der Reichskanzler von uns Sozialdemokraten! Wer heute etwas anderes behauptet, der lügt und verleumdet.“

Wer zweifelt nun noch daran, daß bei Ausbruch eines neuen Massenmordens die SAJ in den Reihen der Nationalisten stehen und zur „Landesverteidigung“ die proletarische Jugend aufrufen wird? Antikriegstage und Nie wieder Krieg-Rufe werden auf die Dauer den wahren Charakter der SAJ nicht verbergen können. Im entscheidenden Moment wird die SAJ so wie am 1. August 1914 versagen müssen. Schon heute kann die SAJ keinen Kampf gegen die Militarisation der Jugend führen, weil sie mit der Unterstützung und Propagierung des freiwilligen Arbeitsdienstes auch dessen bitteres Ende, die allgemeine Arbeitsdienstpflicht und den nationalen Wehrsport, bis zur Neige auskosten muß. Schon treibt man im „Reichsbanner“, der Wochenschrift der „Eisernen Front“, Propaganda mit konkreten Vorschlägen für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Das alles, um Schritt zu halten mit dem Nationalismus, um Papen und Papa Hindenburg zu zeigen, was für gute Deutsche doch die Sozialdemokraten sind. Und als Krönung des Ganzen wird man dann eines Tages aus den Spalten der SPD-Presse wieder die Worte eines Fritz Ebert zu hören bekommen, die dieser am 29. Mai 1915 im Reichstage im Auftrage der SPD-Fraktion zur Kriegserklärung Italiens abgab:

„In dieser Stunde gesteigerter Gefahr bekennen wir uns rückhaltlos zu dem, was wir am

Rebellierende und revolutionäre Jugend

Von Fritz Korn

Das äußere und innere Zeichen unserer Zeit ist: Krise. Das ganze gesellschaftliche Leben ist in Zersetzung und Auflösung geraten, es wendet sich „Etwas“ zu Neuem. Und diese Wendung löst revolutionäre Bewegungen aus; diese Tatsache können wir durch die ganze Entwicklung der menschlichen Gesellschaft feststellen. Der Prozeß einer Revolutionierung der Massen wird aber immer mangels entschiedener Führung in den ersten Revolten stecken bleiben. Die Voraussetzung einer wirklichen Revolutionierung der proletarischen Massen ist immer Klärung des Bewußtseins: „Geistige Loslösung aus der alten Welt des Kapitalismus, in der wir geboren wurden, und Vorbereitung für eine neue Welt, die wir aufbauen sollen, für die Welt des Kommunismus.“ (Max Adler.)

Gregor Strasser erklärte doch im Reichstage, daß 95 Prozent des deutschen Volkes, und dazu gehören die Massen der aufgelockerten Mittelschichten, der akademischen Jugend der Angestellten und Beamten, sozialistisch fühlen und damit schon die ersten revolutionären Anzeichen abgeben. Aber gerade der Faschismus, der eine große politische Jugendbewegung ist, hindert diesen Prozeß der Revolutionierung — wir haben hier die Revolte der

bürgerlichen Jugend gegen diese bürgerliche Zeit vor uns. Es ist die Krise der bürgerlichen Zeit, was wir vor Augen haben, die der Jugend ihren Stempel aufdrückt. Diese Jugend will die Zweispaltigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht ertragen und rebelliert dagegen, sie will wieder die normalen bürgerlichen Verhältnisse, will wieder ungehinderter in die Beamtenlaufbahn eintreten und nennt dieses Verlangen mit dem modernen Namen: Sozialismus. Sie organisieren sich im Faschismus, weil der den Ständestaat verspricht. So ist also der Nationalsozialismus nicht nur die Organisation, die die Massen bei der Revolte auffängt, sondern sie ins Gegenteil umleitet, er ist also eine konterrevolutionäre Erscheinung. Er könnte revolutionär sein, wenn er nur die revoltierenden Kräfte sammeln würde; daß er das nicht tut, dafür haben wir ja genügend Beweise aus unserer Gegenwart: Militarisation der Jugend ist nichts anderes als Täuschung über die Widersprüche des Kapitalismus. Arbeitsdienstpflicht ist die Demonstration dessen, wie es sein könnte in dem faschistischen Ständestaat.

Aus diesen Tatsachen der gesellschaftlichen Zersetzung erwächst der proletarischen Jugend eine ungeheure Aufgabe, die sie

Lest den „Roten Pionier“

Pädagogik ohne Fundament

Es ist sehr erfreulich, wenn Fachleute aller Richtungen sich der Volksschule annehmen, der großen Hüterin der Volkserziehung und des doch sehr jeher zum Aschenbrödel unter seinen vornehmeren Schwestern verdammten Kulturinstituts. Und der Rezensent eines Buches „Die Oberstufe der Volksschule — herausgegeben im Auftrage des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht“ (Langensalza bei Julius Beltz) spannt seine Erwartungen noch höher, wenn er aus dem Inhaltsverzeichnis die Liste honorierter Mitarbeiter kennen lernt, die sich um eine bessere Gestaltung dieses Stiefkindes der Schulpolitik bemühen. Vom preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über Universitätsprofessoren, Ministerial-, Ober- und Schulräte bis zum einfachen Rektor der Landeshochschule herab sollen danach die Lebensfragen der Volksschule beleuchtet werden, so daß man von vornherein zu der Annahme geneigt scheint: Nun muß sich alles, alles wenden! In bunter Mannigfaltigkeit werden, um nur einige von den vielen Problemen herauszugreifen, Sinn und Aufgabe der Oberstufe bestimmt, die psychologischen Voraussetzungen der Bildungsarbeit untersucht, die Schule an das Gegenwartsleben herangeführt usw. usw., so daß jeder, dem die Fortentwicklung der Volksschule am Herzen liegt, die Aussicht sieht: wo soviel wissenschaftliche Autorität und fachkundliche Erfahrung ans Werk gehen, da muß auch ein guter Erfolg heranziehen.

Leider kann ich mir von diesem Buche trotz allem zugestandenem Idealen Wollen eine solche Wirkung nicht versprechen. Denn alle die großen und kleinen Kanonen, die hier in wohlgesetzten Worten ihre Ansichten über die Neugestaltung der Volksschuloberstufe äußern, gleichen einem Gärtner, der Blumen und Früchte in einer Sphäre züchten will, die keinen Boden, kein Klima, keine Witterungsverhältnisse kennt. Unsere Autoren betreiben nämlich eine Pädagogik im gesellschaftslosen Raum. Nur einer von ihnen, und das mutet wie ein Witz bei solcher Gelegenheit an, spürt das Dilemma, in das jene Pädagogik geraten muß, die sich neutral nennt und aus Besorgnis, diese vermeintliche Neutralität zu verletzen, den gesellschaftlichen Widersprüchen aus dem Wege geht, und deutet die Unmöglichkeit wenigstens an: das ist der Ministerialrat Professor Woldt; aber das ist kein Pädagoge der Zukunft, sondern ein Praktiker des Lebens, ein Mann aus Industrie und Technik.

Den anderen aber ist bei all ihrer Gelehrsamkeit und wissenschaftlichen Gründlichkeit die eine Kleinigkeit, und das dürfte wohl das wichtigste sein, entgangen, daß die Kinder, denen sie eine Verbesserung ihrer Lebens- und Bildungsverhältnisse bringen wollen, die Angehörigen einer Klasse sind, die im Schatten des Lebens wohnen und nur dessen dunkle und brutale Seiten in Gestalt von Not und Entbehrung kennen, und bei denen die elementarsten Voraussetzungen aller Erziehungsarbeit, die ökonomischen und sozialen Grundlagen, fehlen. Ein Teil der Mitarbeiter am Buch bekennt sich meines Wissens sogar zu einer proletarischen Partei, und der Verfasser der Introduction, der Minister Grimme, hat sogar einmal, allerdings in vollständiger Verkennung seiner wirklichen Rolle als sozialistischer Regierungschef in einem kapitalistischen Staat, sich als Exponent einer Machtgruppe bezeichnet. Denn die Leistungen während seiner Amtszeit in Gestalt von Schul- und Lehrerbau, Freidenkerunterdrückung und dergl. müssen wir mehr als Dienste für das herrschende Monopolkapital, denn als Unterstützung für die arbeitende Klasse werten, deren Vertretung doch in seine Hand gelegt war. Aber bei den weniger unernten und redseligen sozialistischen Schulmännern hätte doch wenigstens die Erinnerung an das Buch von Otto Rühle anklingen müssen, das eine Art Monographie des proletarischen Kindes darstellt, und das auch dem politisch harmlosesten Gemüte die Tatsache einhämmert, daß die Erziehung der proletarischen Jugend andere Voraussetzungen haben muß als die Erziehung der Jugend des Bürgertums, und daß es absurd ist, eine proletarische Erziehung ertragreich gestalten zu wollen auf Grund einer Pädagogik im klassenleeren Raum. Solche Bemühungen können zu nichts anderem führen als zu einer ungeheuerlichen Täuschung, zu einem groben Betrug.

Die Masse der proletarischen Kinder, und das sind die Besucher der Volksschule fast ausnahmslos, wächst von jeher unter Bedingungen heran, die eine gesunde Entwicklung in körperlicher und geistiger Beziehung unmöglich machen, und die Verkümmern, Verkrüppeln, chronische Krankheiten, Siechtum und frühen Tod zur Folge haben. Die langandauernde Krise mit ihrer Dauerarbeitslosigkeit als Massenerscheinung hat die „normale“ proletarische Kindernot ins Gigantische gesteigert. Der Zerfall der Familie schreitet in rapidem Tempo fort und keine Veranstaltungen werden getroffen, die hierdurch entstehenden Lücken auszufüllen und Gelegenheiten zu schaffen, die von der früheren Familie ausgehenden Funktionen zu übernehmen. Im Gegenteil, selbst die kümmerlichen Ansätze kommunaler Wohlfahrt gehen in der katastrophalen Finanznot völlig unter. So zerrütten Wohnungsnot und Heimatlosigkeit die geistige und sittliche Natur der Kinder und versetzen sie in eine Umwelt, die den Nährboden abgibt für Laster und Verbrechen. Fortschrittliche Pädagogen, und das können nur Sozialisten sein, müßten ihre vornehmliche Aufgabe darin sehen, aus den Gegebenheiten der proletarischen Lebenssphäre, aus den seelischen Konflikten dieser Kinder, die sich aus dem Kampf in den besetzten Räumen ergeben, aus dem oft erbitterten Kampf auf der Straße gegenüber den Anordnungen und Verboten der Polizei, aus den nicht weniger heftigen inneren Widerständen in der heutigen Schule, Folgerungen zu ziehen und neue Wege zu weisen. Statt dessen begnügen sich unsere Reformer mit

einer formalen Lösung, mit der Fortbildung der Methode des Unterrichts und der Erziehung. Sie übersehen ganz, daß es darauf ankommt und wichtiger ist, die Form mit einem neuen Inhalt zu erfüllen, den Max Adler als „geistige Loslösung aus der Welt des Kapitalismus, in der sie geboren wurden, und Vorbereitung für eine neue Welt, die sie aufbauen sollen, für die Welt des Kommunismus“ bezeichnet hat. Eine solche Erziehung würde kämpfen für die Besserung der materiellen Existenz des proletarischen Kindes, für Niederlegung der wirtschaftlichen und kulturellen Schranken im Bildungswesen und für eine gesellschaftliche Zukunft, deren Ziel die Beseitigung der Klassenunterschiede und die menschliche Solidarität ist. Freilich kann diese nicht neutral, sondern muß im höchsten Maße politisch sein; muß sie sich organisch einfügen in den Emanzipationskampf des Proletariats; das aber ist der allgemeine Kampf um den

gesellschaftlichen Fortschritt. Mit ihrer Unparteilichkeit in dem großen Ringen der Klassen geben unsere Pädagogen den Kampf um die Entwicklung der Menschheit preis und machen sie sich, wenn auch ungewollt, zu Werkzeugen der schulpolitischen und allgemeinen Reaktion.

In seinem empfehlenswerten Buch „Neue Menschen“ hat Max Adler Sinn und Ziel einer neuen Erziehung so formuliert, daß in den Kindern „ein Geist aufzuwachen soll, der für diese bürgerliche Welt freilich nicht mehr tauglich ist, für den aber auch diese bürgerliche Welt nichts mehr taugt, ein Geist, der in der Welt des Kapitalismus nicht mehr leben will, weil er in ihr nicht mehr leben kann, ein Geist, der unter den kulturellen Lügen und Schranken der kapitalistischen Welt noch schmerzlicher leidet wie unter ihrer ökonomischen Not“.

Georg Steinfeld.

Eisenstein erzählt

Der Regisseur des „Potemkin“ dreht einen Lustspielfilm

Wir geben nachstehend ein Interview, das Eisenstein, der bekannte russische Filmregisseur dem Mitarbeiter des „Dortmunder Generalanzeiger“ Richard Mattheus gewährt hat, wieder.

Eisenstein hat bisher nur fünf Filme gedreht, nämlich „Stroik“, „Potemkin“, „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“, die „Generallinie“ und „Mexiko“, und trotzdem ist er einer der bekanntesten und ersten Filmleute. Sein „Potemkin“ bedeutete den Durchbruch des russischen Films und rückte ihn an die erste Stelle der Weltproduktion. Er war eine Gipfelleistung des Stummfilms und beispielgebend für die künftige Arbeit. Seinen „Potemkin“ erreichte Eisenstein selber nicht wieder.

Meyerhold vermittelte das Interview. Eisenstein öffnet selbst die Tür. Seine Wohnung am Inneren Boulevard Moskaus ist ein Zimmer, geteilt in Arbeits- und Schlafraum. Eine große Bibliothek, Mexiko-Erinnerungen an den Wänden, Korbmöbel, geben dem Raum Einfachheit und geistigen Aspekt. Eisenstein, guter, energischer Kopf, spricht fließend deutsch, und ganz ohne Zwang läuft sogleich die Unterhaltung.

Wir sprechen anfangs über Mexiko. Im Mai ist Eisenstein erst zurückgekehrt. Zwei Jahre, acht Monate war er drüben. Sein Film ist noch in Amerika. Man hat ihn bisher nicht herausgegeben und wird es vielleicht nie tun.

„Und was werden Sie jetzt drehen?“

„Sie werden überrascht sein wie alle Welt. Jetzt kommt etwas ganz Neues. Nichts Pathetisches und Historisches mehr, sondern ich will und soll ein Lustspiel drehen. Es wird ein Buffstück nach Art von Chaplin. Während ich bisher nur mit Laienspielern arbeitete, werde ich jetzt einen Berufsschauspieler in der Hauptfigur beschäftigen. Sein Name ist Strauch, Mitglied eines Moskauer Theaters. Das Manuskript schreibe ich selber augenblicklich. Im Oktober hoffe ich, mit den Aufnahmen zu beginnen. Wissen Sie, die Leute wollen lachen, und das sollen sie auch. Die Regierung wünscht das. Einzelheiten über meinen neuen Film kann ich Ihnen nicht verraten, nein.“

„Wie ist die Arbeit, können Sie frei arbeiten oder stehen Sie ständig unter Kontrolle?“

„Nein, durchaus nicht. Ein politischer Beirat prüft das Manuskript. — Sie dürfen nicht vergessen, daß die Sowkino eine Staatsfabrik ist — ist das aber geschehen, kann ich vollkommen frei arbeiten. Ich glaube kaum, daß irgendwo in der Welt die Arbeit für einen Filmregisseur besser sein kann. Denken Sie einmal, wieviel Einflüsse und Wünsche

anderswo das Filmkapital und die Stars geltend machen. Das gibt es hier nicht. Liegt das Manuskript fertig, arbeitet der Regisseur in voller Freiheit. Wie es mit der vortraglichen Verpflichtung steht? Man wird nur für einen Film verpflichtet, ist neben einem festen Betrag mit einem kleinen Prozentsatz an den Einnahmen beteiligt, der sich noch etwas erhöht, wenn man auch zugleich das Manuskript verfaßt hat.“

„Wie wird der russische Tonfilm?“

„Gut, sehr gut. Was haben Sie bisher gesehen? („Der Weg ins Leben“, „Erde“). Das waren Anfänge.“

Meyerhold, dessen Mitarbeiter er früher war, hält Eisenstein für den größten Regisseur und Schauspieler. Begeistert: „Sie müssen ihn einmal auf der Probe sehen. Er macht seinen Schauspielern alles selbst vor.“

Wir sprechen dann über den Stoffkreis des russischen Films.

„Der neue russische Film wird sich von den Massenaktionen zu individuellen Problemen hinwenden.“

„Ich sah bei der Meßkrampom den Holländer Ivens (Ivens, bekannt geworden durch seinen Zudeersee-Film, arbeitet jetzt in Rußland) zur 15-Jahr-Feier der Union einen Film „Kommunisten“ drehen, der noch dem alten Stoffkreis angehört und, wie Ivens erzählte, zum Teil historische Vorgänge genau wiedergibt.“

„Gewiß, es wird auch noch solche Filme geben. Aber die jüngste Richtung übergeht das Dokumentarisch-Historische und wird individuelle Probleme behandeln. Nicht im Sinne des alten Liberalismus, wohlverstanden, sondern wir wollen uns nach biologischen Gesetzen und Begriffen die Masse mikroskopisch genauer ansehen. Das ist der allgemeine Wunsch. Jetzt sind wir soweit.“

„Das ist sehr interessant. Eines Tages mußte man ja die private Sphäre, den Menschen, wieder entdecken. Sie werden also Themen wie die Wohnungsfrage, Liebe, Ehe usw. behandeln, wie schon in dem Stummfilm „Bett und Sofa“?“

„Gewiß, aber „Bett und Sofa“ war ein Anfang. Wir werden uns mit dem Individuum auseinandersetzen, aber innerhalb des Kollektivs.“

Damit ist unsere Unterredung beendet. Der Film ist die Avantkurst in Rußland. Er steckt zuerst die Fühler nach neuen Formen und Inhalten aus. Er muß es, weil er zu allererst der Massenwirkung zu dienen und ihr Sehnen zu erfüllen hat. Das wesentliche Neue aus dieser Unterhaltung ist, daß Rußland den inneren Menschen zu entdecken beginnt und ihn auf der Grundlage des Kollektivs zu bestimmen versucht. Das ist das schwierigste Problem, vor dem Rußland steht, und vielleicht die entscheidende Frage neuer Gemeinschaftsbildung.

Herrn Dr. Bracht gebührt der Dank!

Er hat Millionen mit seinem Zwickel-Erlaß zum Lachen gebracht. Das Inland lacht und das Ausland lacht. Eine Hochflut an Produktion von Anekdoten, Wortspielen, Satiren und Gedichten hat eingesetzt. Noch nie war die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Verhöhnung einer ertlichen Maßnahme so groß wie jetzt. Mit dem Kakao, durch den man den Brachtschen Zwickel gezogen hat, hätte man die deutschen Schulkinder jahrelang beköstigen können.

Am zufriedensten sind aber die Kabarettisten, denen er den tollsten Kabarettstoff des Jahrzehnts geliefert hat. Sie können Herrn Bracht gar nicht genug dankbar sein. Sie haben daher an ihn eine Adresse folgenden Inhalts gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Dr. Bracht! Der von Ihnen verfügte unfreiwillige Zwickel hat bei uns und unseren Hörern so viel Heiterkeit erweckt, daß wir nicht umhinkönnen, Ihnen für die uns gespendete fruchtbare Pointe öffentlich zu danken.“

Mit der herzlichsten Bitte, uns auch weiterhin nicht zu vergessen, zeichnen wir

mit aufrichtigster Hochachtung
Fred Endrikat, Werner Fink, Friedrich Holländer, Hellmuth Krüger, Paul Morgen, Maria Ney, Paul Nikolaus, Willi Rosen, Peter Sackse, Claire Waldoff, Lotte Wachmeister.

Selbst Leute, die sonst nie sich mit der Dichtkunst abgegeben haben, hat die Brachtsche Verordnung angereizt, Reime zu machen. Wir geben nachstehende Verschen als typisches Beispiel dafür wieder.

Holland erwartet Bracht

Meldungen von einem bevorstehenden Besuch Dr. Brachts haben in 's Gravenhage, Holland, die Stadtväter in schwere Sorgen gestürzt. 's Gravenhage besitzt nämlich einen Stragennamen, der Dr. Brachts sittliches Empfinden verletzen könnte. Man befürchtet dadurch eine weitere Verschlechterung der ohnehin durch die deutschen Einfuhrdrosselungen geübten Beziehungen. Der Name der Straße lautet: Lange Voorhout. Während der Beratungen des Stadtrats gelang es dem Berichterstatter des „T. B.“, einen hohen Beamten des Regierungsbüreaus über den Besuch zu interviewen. Dieser betonte gleich eingangs, es sei direkt um aus der Haut zu fahren. Man habe im Regierungsgebäude bereits das Schild Grundhuur von der Abteilung Landpacht entfernt. Die Hospitäler seien angewiesen, sich nicht mehr, wie bisher, Zickenschirmlingen zu nennen. Mit der Hebammen-genossenschaft sei ein Konflikt ausgebrochen, da diese sich nicht dazu verstehen wolle, die Berufsbezeichnung Vroedvrouwen

aufzugeben. Alles in allem: Der bevorstehende Besuch bedeute für Holland keine ruhm, ungeteilte Vroed.

Wegen „unsittlicher Symbolik“ sollen ab 1. November in Preußen sämtliche Fabrik-schornsteine umgelegt werden.

Ein „brachtvoller“ Dialog

Monat. Verhandlung gegen einen Theaterdirektor und Schauspieler wegen Aufführung eines angeblich unsittlichen Stückes. Eine Zeugin wird aufgerufen.

Vorsitzender: „Zeugin, Sie haben das Theaterstück gesehen. Welchen Eindruck hat es auf Sie gemacht?“

Zeugin: „Das Stück hat mir nicht gefallen.“

Staatsanwalt: „Warum hat Ihnen das Stück nicht gefallen?“

Zeugin: „Ich fand es langweilig.“

Vorsitzender: „Anstoß haben Sie nicht genommen?“

Zeugin: „Nein.“

Staatsanwalt: „Würden Sie Ihre sechzehnjährige Tochter mit in das Stück nehmen?“

Zeugin: „Nein.“

Staatsanwalt (triumphierend): „Und warum nicht?“

Zeugin: „Ich habe keine sechzehnjährige Tochter.“



So stehen die Fronten außenpolitisch I

Zu Friedrich Wolfs Antikriegsreportage „Von New York bis Shanghai“

Es ist so ganz anders wie „Der arme Konrad“ und „Cyankali“, und weit besser wie „Die Jungen von Mons“. Friedrich Wolf macht in diesem Stück den Versuch, die Fronten in der Außenpolitik neu zu formulieren.

„In Deutschlands Fabriken, in Englands Gruben, an Indiens Spinnrädern, in seinen Webstuben — aber auch hinter den Eisenstäben der Gefängnisse und in den Schützengraben der ganzen Erde, da sind wir.“

Und wer ist dort, so muß man sich fragen, in Deutschlands Fabriken da stehen deutsche Arbeiter und erzeugen Profit. Wenn es sich nicht mehr rentiert, dann wird der Laden zugemacht und — in Shanghai aufmontiert. Die Kulis arbeiten an deutschen Maschinen in Shanghai.

„Kameraden, Kollegen, wo steht ihr?“

Der Arbeiter wird ausgebeutet, ob er gelber, weißer oder schwarzer Rasse ist, er ist ein Halbwild im Sinne seiner Beherrscher. Da stehen sie nun am Laufband, alle gleich hungrig, ob in Detroit (USA) oder in Berlin oder Shanghai, und überall werden sie von Bajonetten bedroht, werden zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt, ob sie in Kalkutta demonstrieren und von Gandhi zurück zur Natur getrieben werden, ob sie in Amerika, ob in Deutschland streiken: die Führer werden schon führen. Und überall werden sie betrogen, in Berlin von Severing, Leipart usw., in China von Tschiangkai-schek — der Arbeiter kann sich nur selbst befreien unter Führung revolutionärer Kaders.

In Marseilles streiken die Hafensarbeiter, währenddessen wird Shanghai militarisiert. Dann donnern „16 Stunden Bomben auf Shanghai“. Und was tust du nun, Prolet? Auch militarisieren? Nein, aber die Gewalt mit Gewalt vernichten! Die Arbeiterbattalione formieren sich, rote Schützengraben bilden sich, Flugblätter werden verteilt. „Das geht nun nicht mehr so lange weiter, die Rädelführer müssen her.“ Ein roter Agitator wird verhaftet, ein Batzen Geld ist ausgeschrieben. Und trotzdem, die Ueberzeugungstreue steckt die japanischen Soldaten an, die Fesseln werden gelöst, sie werfen die Waffen weg — das Publikum klatscht Beifall. Nun zeigt sich Friedrich Wolf, er hermt den Bewußtseinsgrad der Arbeiter. „Das ist falsch, Genossen!“ — jetzt greifen sie wieder zu den Waffen, reißen sich ein in die kämpfende Front der Arbeiter und Bauern. So muß es gemacht werden, ihr Proleten in Deutschland und sonstwo; in revolutionären Situationen: Den Spieß umgedreht, gegen den Feind im eigenen Land gerichtet. Die Revolution muß den Krieg töten, sonst tötet der Krieg die Revolution!

Die bewaffneten Arbeiter, Bauern und die Soldaten, die auch nur Proleten sind, stehen in einer Front, die Waffen hoch, ihr Verdammten dieser Erde!

Das ist der Ausgang dieses Kriegsstückes gegen den Krieg. Hier wurde gezeigt, wie zu kämpfen ist, hier wurde gezeigt, was internationale Solidarität ist. Es ist ein seltsames Gefühl, Schützengraben und Nachtlöcher aufeinanderfolgend zu sehen. Das Beste war die rasche Folge, ja das Ineinanderwürfeln von Gegensätzen. Auch bei uns hungern Millionen und das Nachtleben nimmt seinen üblichen Lauf.

Zum Technischen sei gesagt, daß die referierenden Momente zum Publikum sich gut gestalten, der Agitator ist einzig. Sonst aber fehlt der innige Kontakt zwischen Bühne und Musik. In diesem Falle muß die Musik selbst mitspielen, nicht nur begleiten, muß eine Hauptrolle einnehmen. Die Truppe, die das Stück gegenwärtig in Süddeutschland aufführt, ist gut belehnt.

Diese Kunst ist Waffe, die sich mit solch klarer Zielsetzung in die politische Zeitgeschichte einordnet. Fritz Korn.

Gablung bei Crimmitschau

Gemeindevorstandssitzung. Die Fraktion der SAP stellte den Antrag, die Bürgersteuer abzuheben. Steuerrückstände seit dem Jahr 1929 reichen aus, die Bürgersteuer auf einige Jahre hinaus zu ersetzen.

Eine kirchliche Trauung fand am vergangenen Montag statt. Ein Ereignis für das Dorf, aber auch eine fette Sache für die Kirche.

Heidenau

Stadtverordneten-Sitzung. Es ist seit dem Austritt des Bürgermeisters Gröger und des Stadtverordnetenvorstehers Drechsler aus der SPD nicht mehr möglich, eine Stadtverordnetensitzung in Heidenau abzuhalten.

Holzhausen

Sozialdemokratische Erpresserpartei Deutschlands! Allorts mehren sich die Fälle, daß die SPD-Größen mit Repressalien gegen unsere Ortsgruppen vorgehen.

Löbau

Wie die KPD den Wahlkampf führt. Der KPD ist es nie leicht geworden, einen Wahlkampf zu führen, da ihr die sachlichen Qualitäten fehlen.

dieser Hinsicht ergeht es ihr beim Gemeindevorstand. Bei jeder sachlichen Argumentation gegen unsere Partei beginnt sie den Wahlkampf mit Lügen.

Mylau i. V.

Kurzlich fand eine Werbeübung der Arbeitersamariterkolonne Mylau-Netzkau statt, die von vielen Besuchern und Vertretern der Behörden besucht war.

Niederhäsflau

Aus dem Gemeindeparlament. In der letzten Gemeindevorstandssitzung, welche sehr stark von der Einwohnerschaft besucht war, kamen erneut die kommunalistischen Anträge (15 in der Zahl) zur Beratung.

Volkshaus Planitz

Sonnabend bis Montag zur Kirmes: Gastspiel der lustigen Oberbayern KATI und FRANZLER. Außerdem: Die großen Kirmesbälle. Volle Kapelle unter persönlicher Leitung von Stadtmusikdirektor MAX SCHRECKENBACH

Eine Erhöhung der Bürgersteuer von 200 auf 600 Prozent wurde vom Kollegium einstimmig abgelehnt. Zu Punkt „Straßenbauprogramm“ beschloß man, daß die Beplasterung der Viellauer Straße vom Bogenstein bis zur Viellauer Grenze zur Befürwortung dem Bezirksverband Zwickau zu überweisen.

Pirna

Der Rat der Stadt Pirna macht unter dem 8 dieses Monats bekannt, daß er beabsichtigt, Arbeiten an Fußgängerwegen und in den städtischen Waldungen im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes ausführen zu lassen.

Zu dieser Bekanntmachung ist von unserer Seite zu sagen, daß wir prinzipiell Gegner jeder Art des Arbeitsdienstes sind. Wir wissen, daß durch die katastrophale Lage des großen Teiles der erwerbslosen Jugendlichen die „Freiwilligkeit“ des Arbeitsdienstes illusorisch ist.

Planitz

In der Nacht zum 9. Oktober gegen 3 Uhr wurde der Arbeiter Seidel bei dem Naziokal „Bräutigams Gasthof“ überfallen, niedergeschlagen und mit Pflastersteinen derart zugerichtet, daß er am Platze liegen blieb.

Plauen

Zur Erheiterung der Arbeiterschaft ist ein erbitterter Streik zwischen dem DMV-Angestellten Kreis Schmar und dem KPD-Angestellten Janka in Plauen entbrannt, der nun mit Liebe und Eifer in der beiderseitigen Presse geführt wird.

Genosse Zweiling spricht in Plauen am Mittwoch, 19. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus über „Ein Jahr SAPI“ Wichtige Parteiangelegenheiten! Sorgt für Massenbesuch!

Telephongespräch, bei dem er sich, als er bei Radio-Lange anrief, als „Kreuzschmar vom DMV“ und beim DMV als „Prokurist Holz Müller von Radio-Lange“ vorstellte.

diese Gespräche in aller Harmlosigkeit vom KPD-Büro aus führte. Natürlich stützte der DMV-Angestellte sofort bei der Nummer 399 seines Gesprächsprotokolls — die KPD-Nummer ist ihm schließlich auch gelangt — und da floß die Kiste natürlich auf. Die „Kakaospritze“ brachte eine wundebehebende Schädigung des Apatensklarens, und Janka konnte nun seinerseits nicht anders, als durch einen doppelt langen Artikel die ganze Sache als Abschlusshinzu stellen, und so heißt er im „Echo“ den DMV-Mann eine Entlarvungsrede halten, die sich gewaschen hätte.

Schneeberg

Der Herr Gasdirektor sucht Anschluss bei den Nazis. Vor nicht allzulanger Zeit haben wir der Arbeiterschaft mitgeteilt, daß der Gasdirektor Jakob alle Schikane gegen den langjährig beschäftigten Arbeiter Martin angewendet, um ihn loszuwerden und an dessen Stelle einen „qualifizierten“ Arbeiter zu stellen.

Kleine Sportnachrichten

Fußball. Am letzten Sonntag vormittag wollte die Faustballabteilung des T.V. Reuth bei der Freien Turnerschaft Mylau zu Gast, um zwei Serienspiele auszutragen.



SAP Versammlungskalender

- Öffentliche Wahlversammlungen. Demitz-Thumitz: Montag, den 17. 10., 20 Uhr, in Beyers Gasthof. Schönbach-Lawalde: Dienstag, den 18. 10., 20 Uhr im Kretscham in Schönbach.

Drasden. Kauft bei Schuh-Oestreich das billige Schuhhaus Dresdens. Verkaufsstellen: Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof...

Radbeul. Kurbad Nizza-Bad. alle Bäder der Neuzeit. Elektr. Licht- u. Warmbäder, Kamillendampfbäder, Kamillen-Inhalation...

Genossen beachtet unsere Inserate! Kauft im Textilgeschäft der kleinen Preise Anna Barthel Bahnhofstraße 1a.

Heidenau. Heidenauer Hof, Inh. Ernst Taubert. Special-Ausschank — Bayer. Bier — Zeitzinger Kronenbier. Das gute Einfachbier empfiehlt Brauerei Großsedlitz. Werbt Abonnenten

Skandalöse Behandlung Junkerfrechheit grenzenlos

der Arbeiter bei der Reichsbahn

„Arbeiter-Neueinstellungen bei der Reichsbahn in Köln, Wuppertal, Dresden, Karlsruhe“ usw. So lauten seit etwa 14 Tagen die groß aufgemachten von der Regierung und den Reichsbahnbehörden in die bürgerliche Presse lancierten Meldungen. „Na, seht ihr, da gehts doch — mit Papens Hilfe — wieder aufwärts“ sagt der regierungstreue Bürger.

In Wirklichkeit verbirgt sich hinter diesen „Neueinstellungen“ und der ganzen Personalpolitik der Reichsbahn ein ganz ungeheurer Skandal, ein Lohnraub und eine Drangsalierung der Arbeiter, die die schlimmsten Zustände bei privaten Scharfmachern weit übertrifft. Bis vor kurzem hat die Reichsbahn Massenentlassungen durchgeführt. Von im Frühjahr angekündigten Entlassungen von etwa 50.000 Mann sind mehr als die Hälfte durchgeführt worden. Jetzt gibt die Reichsbahnleitung bekannt, daß sie mit den durch die Steuergutscheine auf Grund der Notverordnung geschaffenen Mitteln zusätzliche Arbeiten ausführen und nicht nur den Rest der angekündigten Entlassungen nicht durchzuführen brauche, sondern Neueinstellungen vornehmen könnte.

Bei der Durchführung dieser Maßnahmen herrscht aber ein derartig chaotisches Durcheinander und ein Willkürregiment in den einzelnen Direktionsbezirken, daß die „Wohltat“ der Neueinstellung für die gesamten Eisenbahnarbeiter (bisher beschäftigte, wie neuangestellte) zur reinsten Hölle gemacht wird. Es wird nicht nur da und dort neuangestellt, während zu gleicher Zeit an anderen Stellen, z. B. beim Neubau der Elektrischen Wannseebahn entlassen wird, sondern es werden überall

Feierschichten eingeführt, die den Wochenverdienst des Eisenbahnarbeiters vielfach unter den Unterstützungssatz des Wohlfahrtsamtes herabdrücken.

Ferner werden, das wird besonders aus dem Bezirk Dresden gemeldet, bisher „ständige“ Eisenbahnarbeiter in das Verhältnis der unständigen Arbeiter überführt und so nicht nur ihrer bisher erworbenen Rechte beraubt, sondern im Lohn herabgesetzt und mit der täglichen, fristlosen Entlassung bedroht. Das alles wird von den Reichsbahnbehörden durchgeführt, um die Eisenbahnarbeiter noch mehr durcheinander zu bringen, noch mürrer und widerständiger gegen alle Unterdrückungs- und Ausbeutungsmaßnahmen zu machen.

Wie katastrophal sich diese Zustände, speziell die willkürlich eingelegten Feierschichten, auf die Entlohnung der Arbeiter auswirken, das zeigt der Bericht eines Eisenbahners

aus dem Reichsbahndirektionsbezirk Breslau.

„Die Bahnunterhaltungsarbeiter, durchweg Familienväter, hatten bisher den Hungerlohn von 20 Mark netto pro Woche. Jetzt ist ihnen angekündigt, daß für jeden Mann in der Zeit bis Februar mindestens 21 Feierschichten eingelegt werden. Außerdem wird „erwogen“, daß der Lohn noch um 10 Prozent abgebaut werde. Die Folge ist, daß den Eisenbahnarbeitern eine weitere einfach unerträgliche Lohnkürzung aufgezwungen wird. Die ganze „Besserung“ und „Neueinstellung“ bei der Reichsbahn wird also restlos auf Kosten der Arbeiter mit weiterem brutalen Lohnraub durchgeführt.“

Das von der Reichsbahnverwaltung immer ins Feld geführte Argument, daß keine Arbeit und kein Geld da wäre, ist glatter Schwindel. Es gäbe bei der Reichsbahn notwendige

Arbeit in Hülle und Fülle und auch Geld wäre genügend da, wenn

1. die Riesengehälter der obersten Beamten, Direktoren und Verwaltungsräte abgebaut,
2. der ganze riesige Verwaltungsapparat mit den unzähligen überflüssigen Posten abgebaut,
3. die Zahlungen von Riesensummen an Korruptions- u. Spitzelgeldern, für faschistischen „Bahnschutz“, für Zeitungssubventionen (allein die „DAZ“ erhält 600.000 Mark pro Jahr) usw. radikal eingestellt würden.

Gegen diese Korruption und Verschleuderung der Gelder und gegen jeden weiteren Lohnabbau in jeder Gestalt gilt es den Kampf mit allen Mitteln zu führen.

Reservisten

singen die Internationale

CNB. Paris, 13. Oktober.

Laut Humanité haben Reservisten, die aus dem Militärdienst schieden, auf der Kaserne des 3. Infanterie-Bataillons von Metz die Sowjetfahne gehißt. Die Reservisten hätten in geschlossenem Zuge die Kaserne unter dem Gesang der Internationale verlassen.

Der Vorstand des Reichslandbundes, die Exekutive des junkerlichen Großgrundbesitzes, hat auf seiner Tagung am 12. Oktober einen Beschluß gefaßt, dessen erster Teil sich „rückhaltlos hinter die autoritäre Regierung stellt“. Dann heißt es weiter:

„Der Reichslandbund erhebt schärfsten Protest gegen die bisherigen Verschleppungsmethoden (!) auf dem Gebiete des Schutzes der deutschen Agrarproduktion gegen die ausländische Konkurrenz. Der Reichslandbund fordert, daß die Reichsregierung endlich autonom die Kontingente festsetzt. Dadurch, daß die Reichsregierung sich auf den Verhandlungsweg eingelassen hat, hat sie verstärkte Widerstände des Auslandes hervorgerufen. Die Hoffnungen, die die deutsche Landwirtschaft an das durch den Reichsagrarminister in München verkündete Agrarprogramm der Reichsregierung geknüpft hat, sind auf dem Gebiete des Schutzes der deutschen Agrarproduktion nicht erfüllt. Die grundsätzliche Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik von der Weltwirtschafts- und Welthandelsstellung zur Nationalwirtschaft (Autarkie) ist nicht vollzogen.“

Milliarden um Milliarden an direkten Subventionen und durch immer höhere Wuchszölle sind den Junkern schon von den bisherigen Regierungen in den Rachen geworfen worden. Das jetzige Junkerkabinett v. Papen hat all das noch weit übersteigert, hat alle Agrarzölle weiter erhöht, hat jetzt die Kontingentierung „notverordnet“, zwingt alle Benzolverbraucher, den überflüssigen Junkerschnaps mit einer riesigen Betriebsstoffverwertung zu bezahlen. Nimmt den Junkern die Schulden ab, saniert ihre Schwindelgenossenschaften mit Reichsmitteln.

Das ist für die Junker längst nicht genug, das ist ein Dreck, frech fordern sie immer noch mehr!

Die Folgen der Junkerpolitik für die Industrie und Arbeiterschaft

Welche katastrophalen Wirkungen schon die bisherige Junkerpolitik der Papenregierung zeitigt, zeigt am besten eine dieser Tage vom Großindustriellen Siemens gehaltene Rede. Er führt dort u. a. aus:

„Berichte der technischen Büros der Firma Siemens & Halske in Schweden, Holland und Dänemark ergeben, daß dem Siemenskonzern zugedachte Aufträge zum Teil zu höheren Preisen an England vergeben worden seien. Diese Vergabungen seien unter dem ausdrücklichen Hinweis erfolgt, daß sie eine Folge der allerletzten handelspolitischen Maßnahmen (Kontingentierungs-Verordnung) Deutschlands seien.“

Die Arbeiter müssen fliegen wegen Arbeitsmangel auf die Straße, verhungern mangels Unterstützung. Was schert den Junker. Er schreit: „Noch diktatorischer muß die Regierung vorgehen!“ Nicht einmal Verhandlungen mit dem Ausland dürfen geführt werden. Nach ihrer Auflösung hat Papen nicht nur in Deutschland, sondern auch dem Ausland die Junkerbefehle einfach zu diktieren. May Industrie und Arbeiterschaft verrecken, wenn nur die freche Junkersippe erhalten bleibt.

Das ist die heutige deutsche Republik!

Segelschiff gesunken

Sechs Todesopfer

Stockholm, 14. Oktober.

Der in Helsingborg beheimatete schwedische Dampfer „Vesuvius“ kollidierte im südlichen Teil des Finnischen Meerbusens im dichten Nebel mit dem estnischen Segelschiff „Emile“, das fast unmittelbar darauf sank. Von der Besatzung des Segelschiffes konnte nur der Kapitän und der Bootsmann gerettet werden, die übrigen sechs Besatzungsmitglieder ertranken.

Großfeuer in Ulm

Die Pflanzfabrik Gebr. Eberhardt steht in Flammen. Gegen 10 Uhr waren bereits vier große Hallen, in denen Fertigfabrikate und Rohmaterialien im Werte von mehreren hunderttausend Mark aufgestapelt waren, vom Feuer ergriffen. Die Hallen gelten als verloren. Sämtliche Feuerwehren aus Ulm und aus den Vororten arbeiten an der Bekämpfung des Feuers. Die Gefahr ist groß, da in der Nähe von der Brandstätte Farben- und Benzinlager liegen. Das Feuer wütet zur Stunde hoch weiter.

Bis 11,30 Uhr war das Feuer niederkämpft. Sämtliche Lagerschuppen sind eingeschert, während die Bürogebäude und die Wagnerei unversehrt blieben. Als Ursache des Feuers wird Brandstiftung angenommen. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Torsten Kreuger verhaftet

Stockholm, 13. Oktober.

Generalkonsul Torsten Kreuger ist heute auf Grund polizeilicher Feststellungen über die Buchführungsmethoden der zum Kreugerkonzern gehörenden Gesellschaft Högforsens Industrie A.-G. in Polizeihaft genommen worden.

Von den Kämpfen in Belfast



Das Staatsorgan die Polizei, die in schweren Panzerwagen, durch ein engmaschiges Drahtnetz vor Steinwürfen geschützt, mit schußbereiter Waffe für „Ruhe und Ordnung“ sorgt.

Heldenmützig schlugen sich die hungrigen Proleten stundenlang gegen eine 3000 köpfige Uebermacht der Polizei.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

69) Ein deutscher Roman
Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Der Kaiser, der während des Vortrages des Generalquartiermeisters zum Kamla hinübergegangen und dort angelehnt stehen geblieben ist, horcht bei den Einwüfen des Grafen Schulenburg auf. Aber der Graf bleibt mit seiner Meinung allein. Es wird festgestellt, daß keine Soldaten zum Niederwerfen des Aufstandes mehr da sind.

„Es handelt sich nur um eine Matrosenrevolte. Die kann man mit wenigen Truppen niederwerfen!“ behauptet Graf Schulenburg.

Der befragte Generalfeldmarschall v. Hindenburg erklärt: „Wie die Umstände liegen, hat die vom Kaiser angeordnete militärische Operation keine Aussicht auf Erfolg.“

Der Graf schlägt einen anderen Ausweg vor:

„Der Kaiser kann bei den preußischen Truppen bleiben und friedlich in die Heimat einziehen. Den Reichstag geht die Sache nichts an. Allenfalls der Preußische Landtag hat mitzusprechen.“

Der Kaiser gewinnt seine Haltung wieder. Er greift diesen Plan auf und spinnt ihn mit dem Grafen weiter: Zuerst müßten die Rheinlande besetzt werden und dann marschiert man etappenweise weiter auf Berlin. Die übrigen Hoffleute sekundieren, auch sie glauben, daß sich hier ein gangbarer Weg für den Kaiser öffnet.

Der alte Marschall und der Erste Generalquartiermeister stehen schweigend abseits.

Der Generalquartiermeister hat sich dagegen gewehrt, dem Kaiser die Abdankung vorzutragen. Er hat geglaubt, der Monarch würde sich zu einem heroischen Ende entschließen und hat den Vertrauten des Kaisers

nahe gelegt, ihm einen solchen Ausweg vorzuschlagen. Doch solchen Einflüsterungen verschloß der Kaiser sein Ohr.

Nicht nur General Groener, auch andere wünschten einen möglichst würdigen Abgang des Kaisers. Der frühere Reichskanzler Michaelis war mit einer Anzahl pommerscher Junker bereit, den Kaiser in den Schützengraben zu begleiten, um mit ihm den Tod zu erwarten; als Michaelis nach einem Essen das Gespräch darauf hinlenken wollte, ließ der Kaiser ihn einfach stehen.

Von einem gewaltsamen Ende wollte der Kaiser nichts wissen: „Das ist schon durch meinen festen christlichen Standpunkt ausgeschlossen!“

Auch von der Abdankung wollte er nichts hören.

„Ein Nachfolger Friedrichs des Großen dankt nicht ab!“ erwiderte er seinen Adjutanten.

Daß Friedrich II. nach der Schlacht bei Kunersdorf, den Tod suchend, mitten in das Schlachtgetümmel hineingeritten war und daß er als letzte Reason immer eine Kapsel Gift bei sich führte, war seinem Nachfahr offenbar unbekannt.

General Groener beobachtet mit Befremden, wie die Herren noch in letzter Stunde, gefreu dem am Hof geübten Brauch, sich selbst und den Kaiser über die wahre Sachlage hinwegtäuschen versuchen. Er mischt sich in das Gespräch: „Vor vierzehn Tagen hätte man vielleicht die Frage so aufgreifen können. Die Auffassung des Grafen ist völlig irrig. Ich halte den friedlichen Einzug Seiner Majestät für unmöglich. Auch die aus Berlin gemeldeten Ereignisse sind doch zu bedenklich.“

Der Kaiser fährt heftig herum

„Er hat mit den Ersten Generalquartiermeistern seiner Armee kein Glück. Ludendorff konnte er seines Feldwebelgesichts wegen nicht ausstehen, an Groener mißfällt ihm der württembergische Akzent.“

Der General spricht unbeirrt weiter; er sucht die Augen des Kaisers und sagt abschließend im Ton einer Meldung: „Das Heer wird unter seinen Führern und kommandierenden Generälen geschlossen und in Ordnung

in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter der Führung Eurer Majestät!“

Der Kaiser sucht nach einer Antwort. Die Hoffleute in ordnungsgeschmückten Generalsuniformen halten die Luft an. Feldmarschall v. Hindenburg steht da, unbeweglich wie ein Berg.

Doch dann geschieht nichts.

Der Kaiser sagt nichts.

Er geht auf die Tür zu, die in den Garten hinausführt. Erst auf der Schwelle dreht er sich um und schreit den General an:

„Exzellenz, diese Erklärung verlange ich von Ihnen schriftlich. Schwarz auf weiß will ich die Meldung aller kommandierenden Generäle haben, daß die Armee nicht mehr hinter mir steht. Erst dann bin ich bereit zu gehen, nicht eher! Die Frontkommandeure sollen befragt werden!“

Fünzig Frontkommandeure hatte der Generalquartiermeister bereits ins Hauptquartier beordert, und Oberst Heye hatte den Auftrag bekommen, sie nach der Zuverlässigkeit ihrer Truppen zu befragen. Morgens waren die ersten eingetroffen. So wie sie ankamen, ohne sich vorher waschen oder etwas essen zu können, wurden sie in das Zimmer des Operationschefs hineingerufen, immer vier auf einmal, um die vorgelegten Fragen zu beantworten. Das endgültige Resultat steht noch nicht fest. Eine Anzahl Kommandeure fehlen noch.

Der Kaiser wandert mit v. Grünau durch den Park.

Der Feldmarschall und der Generalquartiermeister sind ebenfalls vor das Haus getreten. Um die beiden Heerführer herum stehen die Generaledjutanten und der Ratgeber des Kaisers. Aus dem Dienstzimmer der Villa kommt Admiral v. Scheer dazu, der nach der Verweilungsaktion am Skagerrak geadelt wurde und dem nachher eine den See- und Luftstreitkräfte übergeordnete Stelle im Großen Hauptquartier eingerichtete worden ist.

Die Herren sprechen über den Zustand der Armee, über die Ausbreitung der revolutionären Bewegung, über die aus Berlin einlaufenden Meldungen.

„Das Drängen der Reichskanzlei ist schon unerträglich!“

„Die Entscheidungen wollen doch in Ruhe erwogen werden!“

„In den Berliner Straßen wird gekämpft, an der Mikäferkaserne sollen Ströme von Blut geflossen sein, Berlin braucht Hilfe!“

„Es ist einfach ausgeschlossen, daß der Kaiser und seine Armee sich einer Handvoll von Revolutionären fügt! Dieselbe Armee, die sich vier Jahre lang die Bewunderung der ganzen Welt erworben hat, sollte nicht imstande sein, eine Bande ruchloser Matrosen zu überwinden?“

Der Erste Generalquartiermeister kennt diese ruchlosen Barden. Er hatte Gelegenheit, die Tragkraft ihrer Ideen zu beobachten. Vor seiner Berufung ins Große Hauptquartier war er Kommandeur von Kiew. Er hat eine große Armee, eine größere als die deutsche, und einen älteren Thron als den der Hohenzollern zerfallen sehen. Auf äußerstem Vorposten stand er gegen die neue rote Hauptstadt. Nur unter dem Schutz der deutschen Bajonette konnten die russischen weißen Gardes ihre Fahnen gegen den Bolschewismus entrollen und Galgen für die Revolutionäre aufrichten.

Aber die Bajonette der deutschen Okkupationsarmee sind dabei stumpf geworden, die deutschen Truppen vom bolschewistischen Geist infiziert und waren für den Kampf nicht mehr zu brauchen. Und die so plötzlich aufgetauchte Macht sitzt nicht nur in Moskau, sie sitzt auch in Berlin, sie sitzt mitten im deutschen Reich.

Vor drei Tagen hatte Groener in der Reichskanzlei mit Ebert, mit den Führern der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, eine Aussprache. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm zur Gewißheit, daß der Kampf um mehr als um die Dynastie Hohenzollern geht. Ebert und die Sozialdemokraten, die während der vier Kriegsjahre sich als Männer mit nationalem Pflichtbewußtsein erwiesen, haben für die Erhaltung der Monarchie getan, was sie konnten. Sie seien keine Gegner der Monarchie an sich. Große Teile der Sozialdemokratie würden sich mit einer Monarchie mit sozialem Einschlag nach parlamentarischem System abfinden, erklärten sie.

(Fortsetzung folgt.)

Konjunkturwende — oder Mache?

Von R. Heller

„Das Bekenntnis zur Privatwirtschaft und der Appell an die Verantwortung der privaten Initiative gegenüber der Gesamtheit, die Lockerung der sozialpolitischen Bindungen der Wirtschaft . . . die Ablehnung aller währungs- und finanzpolitischen Experimente und der auch damit bewiesene Entschluß, die zur Hebung einer Krise notwendigen Kräfte zu ihrer freien und natürlichen Entwicklung gelangen zu lassen und zu fördern, ferner und vor allen Dingen 1½ Milliarden Steuererleichterung für die Wirtschaft in einer geradezu genialen Form, das sind Maßnahmen, die Vertrauen erwecken, und die sicher nicht verfehlen werden, tiefe und günstige Wirkungen auf allen Gebieten der Wirtschaft auszuüben.“

Dieser Bandwurmssatz aus einer Veröffentlichung des Dr. Kehl von der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft (die im Generalrat der Reichsbank starken Einfluß hat und ihrerseits mit dem allmächtigen Chemiekonzern zusammenarbeitet), veröffentlicht als Antwort auf eine Rundfrage der „Bergwerkszeitung“ am 15. September, kann als maßgebliche Ansicht der herrschenden deutschen Kapitalistenkreise zur Wirtschaftslage angesehen werden. In allen Zeitungen, in jeder Regierungserklärung hören wir, daß jetzt eine Chance gegeben sei für den allmählichen Wiederaufstieg der Wirtschaft, d. h. der kapitalistischen Wirtschaft. Tatsächlich scheinen gewisse Entwicklungen diese Ansicht zu bestätigen.

Seit Juni sind überall auf der Welt die Börsenkurse gestiegen, was bisher stets ein Zeichen für steigende Rentabilität der Unternehmungen war. Der Börsenindex der Welt (das Verhältnis der augenblicklichen Kurse der wichtigsten Aktien aus den zehn wichtigsten kapitalistischen Ländern, verglichen mit dem Aktienkurs zu einem bestimmten anderen Zeitpunkt), machte in letzter Zeit folgende Bewegungen durch (Stand Ende 1927 als 100% angenommen):

Aktienkurse: international	deutsch
Ende 1927	100
Anfang 1929	115,9
Ende Mai 1932	29,2
30. Juli 1932	33,9
27. August 1932	38,7
10. Sept. 1932	41,7

Die deutsche Entwicklung hinkt also hinter der der ganzen Welt noch beträchtlich hinten nach, erst in den letzten Wochen wurde sie verhältnismäßig stärker.

Den Vorgängen an der Börse, die ja nur ein Spiegel der Wirtschaftsentwicklung sein soll, müssen gleichartige Vorgänge an den Weltmärkten selbst zugrunde liegen. Das ist tatsächlich der Fall. In den letzten Monaten sind die Preise vieler Weltmarktprodukte, in erster Linie der Rohstoffe, außerordentlich gestiegen:

Preise für Weltmarktprodukte (in Mark pro Tonne)

Ware	Preis Ende 1930	Preis Ende 1931	1. 7.	1. 8.	1. 9.	9. 9.
Kupfer	948	541	387	391	515	528
Blei	306	218	146	151	188	207
Zinn	280	203	173	181	219	228
Zinn	2460	2050	1950	1940	2240	2290

Wir sehen also seit 1. 7. 32 ein recht kräftiges Ansteigen der Preise, das sich zwischen 42% (für Blei) und 15% (für Zinn, das schon vorher nicht so stark gefallen war) bewegt. — Eine ähnliche Preisbewegung sehen wir auf dem Markt der

Textilrohstoffe (umger. in Mk. p. To.)

Ware	Ort	Ende 1930	Ende 1931	1. 7. 32	1. 8.	1. 9.	9. 9. 32
Baumwolle	New Orleans	880	584	532			
Wolle	London	4310	2870	2360			
Jute	London	316	282	221			
Hanf	London	464	279	264			
Rohseide	Lyon	25000	18750	15000			

Nicht viel anders sieht es auf den Getreidemarkten aus, wo die Steigerung (USA-Preis) 11% für Weizen und 17% für Roggen beträgt. Immerhin sind auch heute noch die deutschen Getreidepreise mindestens 2 bis 2½ mal so hoch wie die amerikanischen.

Ist dieses Ansteigen der Rohstoffpreise, und zwar ebenso der Lebensmittel wie der industriellen Rohstoffpreise, aber tatsächlich auf eine Konjunkturbelebung zurückzuführen? Oder wird es dazu führen?

Die Phrase vom „Vertrauen“

Betrachten wir die Argumente der kapitalistischen Wirtschaftsredakteure und Konjunkturpropheten einmal etwas genauer: Die „Bergwerkszeitung“ (10. September) nennt vier Gründe: 1. die unsinnige Unterbewertung (die „zu“ billigen Preise), 2. die Lausanner Konferenz, 3. die politische Ankerbelegung durch die USA-Regierung und 4. die Papen-Regierung. Dazu kommt 5. die Tatsache, daß infolge der Kapitalabwertungen usw., durch oft verlustreichen Abzug von investiertem Geldkapital Bargeld in gewissen Beträgen freigesetzt ist, das allmählich wieder die Tendenz bekommt, sich gegen Mehrwert bringendes Kapital einzutauschen, d. h. in die Produktion zurückzukehren. Der Grund hierfür ist 6. das Vertrauen geldkapitalistischer Kreise in einen Konjunkturanstieg.

Die Lausanner Konferenz hat zweifellos eine Beruhigung in die internationalen Geldmärkte gebracht, die das „Vertrauen“ der kapitalistischen Kreise stark gehoben hat. Eine mit riesigen Mitteln einsetzende Stützungsaktion, wie sie seit etwa 3 Monaten in USA betrieben wird, kann gerade in einem solchen Zeitpunkt auf Anklang in „der Wirtschaft“ finden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat zwei Milliarden Dollar neues Geld gedruckt. Diese 8½ Milliarden Mark wurden planmäßig in die Wirtschaft hineingepumpt; das besorgte eine von der Regierung geschaffene „Wiederaufbau-Finanzierungsgesellschaft“ (Reconstruction Finance Corporation, abgekürzt Refico). Nun setzte die Tätigkeit dieser Refico in einem Zeitpunkt ein, wo alle Preise, Börsenkurse usw. ganz ungewöhnlich niedrig standen, wo andererseits durch eine gewisse politische Beruhigung in Europa das Vertrauen Immerhin nicht so gering war wie bisher. Die Refico schuf durch Kredite im Umfang vieler Milliarden die kapitalistische Voraussetzung für eine gewisse Wiederbelebung. Gleichzeitig konnten mit den riesigen vorhandenen Geldmengen die Börsenkurse hochgetrieben werden. Für die Kapitalisten, die über flüssiges Bargeld verfügten oder die Refico-Kredite für Börsentransaktionen verwenden konnten, war jetzt ein Anreiz gegeben, durch die Spekulation auf steigende Börsenkurse hohe Profite zu erzielen. Auf diese Weise belebte sich das Börsengeschäft, die Kurse stiegen weiter. Die Spekulation auf hohe Börsenkurse hatte sich gelohnt, und an der Börse stieg die Geschäftstätigkeit weiter an. Das trieb die Kurse immer höher.

Ein gleichartiger Vorgang war an den Rohstoffmärkten festzustellen. Die steigenden Preise regten zum schnellen Kaufen

an, weil den Käufern bei noch höheren Preisen große Profite in Aussicht standen. Das trieb die Preise erst recht in die Höhe. Die starke Geschäftstätigkeit wurde auch hier durch die Milliardenkredite der mit der Refico zusammenarbeitenden „Commodity Lending Corporation“ (Waren-Darlehensgesellschaft) sowie durch staatliche Stützungsaktionen hervorgerufen.

In dieser Situation hat die Regierung Papen zugepackt und gleichfalls ein 2,2-Milliarden-Programm „zur Belebung der Wirtschaft“ verordnet. Papen selbst nennt sein Programm „die letzte Chance zur Rettung der privaten Wirtschaft“.

Die Ueberlegungen der Regierungskreise bestehen eigentlich nur in einer Propaganda für die Regierung und den Kapitalismus. Der schon genannte Dr. Kehl von der DeBank äußert sich über die Aussichten der Konjunktur so:

„Das Vertrauen in stetige und entschlossene Regierungspolitik, Vertrauen der Wirtschaft zu sich selbst und Vertrauen in die Wirtschaftsordnung sind unerlässliche Voraussetzungen.“

Aus dieser Äußerung gehen die Absichten der herrschenden Wirtschaftskreise deutlich hervor. Die Opfer der Wirtschaftsordnung sollen Vertrauen zu dieser Wirtschaftsordnung haben, dann kann es ihnen vielleicht besser gehen. Und wenn schief geht — war das mangelnde Vertrauen in den Kapitalismus schuld.

Als Schulungen wären wir mit derart faulen Ausreden vom Lehrer bloß ausgelacht worden.

Der große Irrtum dieser Konjunkturpolitik

In Wirklichkeit entspricht dem Preis- und Produktionsanstieg kein Produktionsanstieg. Der große Irrtum dieser Konjunkturpolitik ist der, daß „der Gaul am falschen Ende aufgezäumt wird“ (BT 11. Sept., Morgenausgabe). In USA (und jedenfalls auch in Deutschland) glaubt man offensichtlich, eine Erhöhung der Preise müßte automatisch eine Besserung der Lage mit sich bringen, weil ja auch die Krise mit einer Senkung der Rohstoffpreise angefangen habe. Das ist eine Oberflächlichkeit, die sich rächen muß. Selbst die „Bergwerkszeitung“ bezeichnet (11. 8. 32) „die nicht ganz neue Meinung der Amerikaner“, die die Wirtschaft über die Börse anzukurbeln, als ein „ganz außergewöhnlich großes Wagnis“. In Wirklichkeit war es so, daß diese Krise mit der den Kapitalismus typischen Ueberproduktion angefangen hat, mit der Tatsache einer gewaltigen Ueberkapazität der Wirtschaft (d. h. daß die Kaufkraft für die vielen produzierten Waren nicht vorhanden war, daß die Wirtschaft immer mehr Waren produzierte und die Kaufkraft da nicht mitkam). Die Ueberproduktion aber führte zu Entlassungen und Lohnsenkungen, also zur weiteren Senkung von Kaufkraft, also zu weiterem Konsumabfall. Zugleich wurden von der Industrie immer weniger Rohstoffe abgenommen, was zunächst einen scharfen Preisfall von Rohstoffen zur Folge hatte. Dadurch war die agrarische Kaufkraft gesunken, und die Krise weiter verschärft. So rutscht der Kapitalismus immer tiefer in die Krise hinein und rollt wie eine Lawine immer rascher und immer verheerender in den Abgrund.

Das Fallen der Preise ist nicht Ursache, sondern Folgeerscheinung der Krise, und wird erst im weiteren Verlauf der Entwicklung seinerseits krisenverschärfende Ursache. Eigentliche Krisenursache ist die Ueberproduktion, das heißt das wachsende Mißverhältnis zwischen Produktionsmöglichkeiten und Kaufkraft. Je ärger der Unterkonsum wird, desto tiefer die Krise, desto ärger der Unterkonsum usw. Nur die Beseitigung dieser Erscheinung könnte die Krise beseitigen, was aber im Kapitalismus unmöglich ist.

Ein weiteres Merkmal ist das Aufhören der Investitionstätigkeit: es werden keine neuen Produktionsmittel errichtet, weil schon die alten viel zu viel sind. Eine starke Investitionstätigkeit, eine starke Akkumulation des Kapitals war bisher immer die Folge günstiger Wirtschaftsentwicklung und würde im weiteren Verlauf der Entwicklung zur Konjunkturursache. Jetzt ist es umgekehrt: geringe Investitionstätigkeit ist die Folge schlechter Wirtschaftslage, wird dann in der weiteren Entwicklung die Ursache zu noch größerer Vertiefung der Krise. Die Investitionstätigkeit, der Beschäftigungsgrad der Produktionsmittelindustrie kann also direkt als Konjunkturbarometer angesehen werden.

Ein Beispiel: Der Höchststand der Produktion in der Konjunktur wurde im Juni 1929 erreicht, der beste Monat der Eisenindustrie war aber bereits der Mai 1927! Schon seit damals also kündigte sich der Konjunkturumschwung an, der erst zwei Jahre später mit voller Wucht eintrat. Vorher war die Produktion zwar noch angestiegen, aber zusehends langsamer: Seit September 1928 wurden die Produktionsmöglichkeiten immer schlechter ausgenutzt, d. h. die Produktion stieg immer noch, aber langsamer als die Produktionsmöglichkeiten.

Wie liegen die Verhältnisse heute?

Für den Ersatz allmählich sich abnutzender Produktions- und Verkehrsmittel sind schätzungsweise 7 Milliarden Mark jährlich notwendig. Was über 7 Md. jährlich hinaus investiert wird, ist Zuwachs an Produktionsmitteln, echte Akkumulation von Kapital. Was an 7 Md. fehlt, ist echter Substanzverlust. Die Zahlen lauten:

1928	13,5 Md.
1929	12,5 Md.
1930	10,3 Md.
1931	6,3 Md.
1932: bisher halb soviel wie 1931!	

Dabei spielt die Preisensenkung keine so erhebliche Rolle wie in anderen Wirtschaftszweigen, weil gerade in der Produktionsmittelindustrie die Preise nur sehr langsam (eigentlich erst ab 1932) gefallen sind, infolge der starken Vertrustung. 6,3 Milliarden in Preisen von 1931 sind vielleicht so viel wie 7—7,5 Milliarden in Preisen von 1928.

Die Kapazitätsausnutzung der deutschen Industrie (d. h. die Ausnutzung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten), nach Angaben des Instituts für Konjunkturforschung, war im Verlauf dieses Sommers konstant etwa 36%. Im einzelnen ist die Quote für die Verbrauchsgüterindustrie . . . 41—42% Produktionsmittelindustrie . . . 31% !!

Ähnliche Statistiken lassen sich haufenweise bringen.

Der Tendenz der sinkenden Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten könnte nur begegnet werden durch eine Stärkung der Kaufkraft, die über den Produktionsanstieg hinausgeht. Das würde bedeuten Steigerung des Lohnanteils am Produkt, Aufhebung des Gesetzes von der relativen Verelendung. Das wird im Kapitalismus nie der Fall sein; im Gegenteil, die Tendenz läuft auf Verringerung des Lohnanteils am Wert der Produktion hinaus. Z. B. ist die Kohlenförderung pro Mann und Schicht von Oktober 1931 bis Juli 1932 um 2,5% gestiegen, der Lohn des Ruhrarbeiters dagegen außerordentlich gefallen (die 15%ige Lohnsenkung Brünings liegt dazwischen!).

Von 1926 bis 1931 ist die Produktivität der Arbeitsstunde im Durchschnitt der ganzen deutschen Industrie um 18% gestiegen (ausgerechnet nach Angaben der „Bergwerkszeitung“, 7. 7.). Der Reallohn stand Ende 1931 (nach der 4. Notverordnung) keinesfalls über, wahrscheinlich unter dem des Jahresdurchschnitts 1926. Resultat: Die Kaufkraft sinkt!

Verschärfung der Krise

Wenn wir schließlich die dauernden Störungen des Welthandels durch immer neue Zoll- und Devisenmaßnahmen in Betracht ziehen, müssen wir, zum Schluß kommen: Alle erst zu nehmenden Anzeichen sprechen für eine Verschärfung der Krise, die Konjunkturursachen sind ohne große Bedeutung gegenüber den Krisenursachen, nach einer zeitweiligen Hausse muß ein umso tieferer Krach kommen!

Die jetzige Hausse ist künstlich, sie muß zusammenbrechen, vielleicht lassen sich sogar die Faktoren abschätzen, die zum Zusammen-

bruch führen, und damit die ungefähre Zeit des Umschwungs.

Zur Zeit hat die amerikanische Regierung noch genügend Mittel in der Hand, um die Preise und Börsenkurse hochzuhalten. In Deutschland dürfte das Inkrafttreten der Papen-Verordnung die Wirtschaft mehr schwächen als beleben, und eines Tages muß selbst der gewaltigen amerikanischen Ankerbelegungsaktion der Atem ausgehen. Wenn keine Refico-Gelder mehr da sein werden, hat die Stützungsaktion ein Ende und die Preise und Börsenkurse stürzen wieder ins Uferlose. Dann sitzt wieder der Handel auf den während der Hausse teuer eingekauften Vorräten, und die Aktienbesitzer sehen ihr Vermögen spurlos verschwinden; eine ungeheure Pleitewelle wird durch das Land rasen, und der neue Krach wird vermutlich gerade von Amerika kommen.

Die Preissteigerungen beruhen, wie das BT aussprach, zum Teil auf absichtlich zu niedrigen Ernteschätzungen in USA, die von der USA-Regierung zumindest toleriert wurden. Die Ursache hierfür sind die bevorstehenden amerikanischen Präsidentenwahlen. Hoover marschierte in die Wahlen 1928 mit der Parole „Prosperität“, aber in seiner Amtszeit fällt diese furchtbare Krise. Nun richtet er alle seine Amtshandlungen nach dem Gesichtspunkt des Wählerfanges ein. Die Farmer, die größtenteils auf der Gegenseite (Partei der Demokraten) stehen, will er mit seiner Politik der Wirtschaftsankerbelegung von der Seite der Rohstoffpreise her (Baumwolle, Getreide) auf seine Seite herüberziehen. Darum werden die finanziellen Hilfsmittel so eingeteilt, daß sie gerade bis zum Wahltag reichen werden; so lange ist zumindest mit keiner wesentlichen Verschärfung der Krise zu rechnen; dann aber dürften die Mittel erschöpft sein, und es kann zum Krach kommen. Ein anderer kritischer Termin ist der Jahresultimo, der Uebergang vom Jahre 1932 zu 1933, wo in allen Zweigen der Wirtschaft gewaltige Zahlungen vorzunehmen sind. Auch hier besteht eine Wahrscheinlichkeit des Krachs.

Welches nun wirklich die Ursache des kommenden Krachs sein wird, kann man natürlich nicht mit völliger Sicherheit voraussagen. Sicher ist nur, daß es allen Regeln wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeit widersprechen würde, wenn diese unechte Konjunktur, die eine reine Spekulationsangelegenheit ist, sich von längerer Dauer erweisen würde. Von der Arbeiterklasse wäre es Wahnsinn, wenn sie sich auf eine Besserung der Lage verlassen wollte. Der Weg, der gegangen wird: Erhöhung der Preise, Senkung der Massenkaufkraft, ist der konsequent kapitalistische Weg aus der Krise: Abwälzung aller Lasten auf die werktätige Bevölkerung.

Die Tatsache, daß die deutsche Industrie durchschnittlich nur zu einem Drittel ausgenutzt ist, daß die Ergänzung des Produktionsmittelparkes nicht einmal der natürlichen Abnutzung entspricht, daß der Kapitalismus in seiner Krise die von ihm selbst geschaffenen Produktionsmittel zerfallen lassen muß, die sollen den ausbeuteten Werkstätten Anlaß genug sein, mit allen Kräften auf die Beseitigung dieses Hungersystems hinzuwirken, sich zu einigen zur Herbeiführung der vernunftgemäßen, ausbeutungsfreien sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Kapitalistische Verrücktheit

Gdgingen, 13. Oktober.

Nachdem kurz nach dem Fallen des Kurses des englischen Pfundes bereits ein Einbruch englischer Kohle nach Pommerellen erfolgt war, die hier erheblich billiger war als die polnische oberschlesische Kohle, ist jetzt trotz polnischer Abwehrmaßnahmen abermals die Einfuhr größerer Mengen englischer Kohle nach Pommerellen erfolgt. Die englische Kohle kostet nur 30 Zl. pro Tonne, während der Inlandpreis für die polnische Kohle 70 Zl. beträgt. Bekanntlich werden in Polen zur Ermöglichung des Exports auf die Inlandpreise Aufschläge erhoben, während die Ausfuhrpreise gesenkt werden. Polen gibt seine eigene Kohle in Skandinavien mit 20 Zl. pro Tonne ab.

Am gleichen Tage meldet die polnische Regierung triumphierend, daß ihr Kohlenexport nach dem Ausland im September weiter um 44.000 Tonnen gestiegen sei.

Die Arbeiter allein sind es, auf deren Rücken dieser kapitalistische Wahnsinn ausgetragen wird.

Berlin

Kleine Anzeigen

in der SAZ sind
erfolgreich
und billig!

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Wolke's 2422
Sonabend, 15. Oktober
8.15 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau. Lohndruck Th. Schetzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7. Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 1. Treppen. Telefon 206 02.